

das den Wahlkreis stets im ersten Gange behauptete, doch ging die Mehrheit ständig zurück. 1912 entfielen auf Oberlehrer Stuchhoff (Zentrum) 33 373, auf den Sozialdemokraten 24 288 und auf den Nationalliberalen 8549 Stimmen. Außerdem brachte ein Pöhländler der Wirtschaftlichen Vereinigung 200 und ein solcher der Polen 146 Stimmen auf. Da bei 66 598 Wählern die absolute Mehrheit 33 300 betrug, siegte das Zentrum nur mit 72 Stimmen über die absolute Mehrheit. Es ist danach fraglich, ob das Zentrum das Mandat ohne Stichwahl behaupten kann.

* **Babern als sozialdemokratisches Agitationsmittel.** Auf Grund einer Proklamation des sozialdemokratischen Parteivorstandes an die Parteileitungen zur Veranstaltung von Protestversammlungen gegen die Vorgänge von Babern hat bereits die Kölner sozialdemokratische Parteileitung auf Sonntag Massenversammlungen einberufen, in denen, wie es in einer öffentlichen Ankündigung heißt, die Massen in Aktion treten sollen, weil das deutsche Parlament zu schwach sei, dem Hochverrat der Militärkammer zu wehren. Die Massen müßten schwere Angriffe auf die Militärkammer vornehmen, ehe sie Schlimmeres anrichte. Die Sozialdemokratie bedauere die Zustände in Deutschland, aber sie begrüßt den von oben angefügten Kampf.

* **„Die Ebernburg, die Burg Franz von Sickingen, in Händen des Franziskaner-Ordens?“** Man schreibt uns: „Nach einem Telegramm des „W. A. M.“ aus Köln soll die Ebernburg bei Kreuznach-Münster a. St. die Herberge der Gerechtigkeit, mit den dort befindlichen Standbildern der beiden Reformationshelden Franz von Sickingen und Ulrich von Hutten an den Franziskaner-Orden verkauft werden. Ob die Sache ihre Wichtigkeit hat und der Übergang der Burg in die Hand des katholischen Ordens zur Ausführung kommt, steht dahin. — Jedenfalls wäre es tief zu bedauern und bedauernd für den deutschen Protestantismus, diese Burg, seinerzeit die Zufluchtsstätte der Vorkämpfer für die Reformation, wie Hutten, Joh. Schövel, Martin Bucer und Phil. Melancthon, wo man erst 1889 das Hutten-Sickingen-Denkmal errichtet hat, ohne weiteres in den Besitz des Franziskaner-Ordens übergehen zu lassen.“

* **Der Deutsche Werkbund und die Weltausstellung in San Francisco.** Der Deutsche Werkbund hat es übernommen, die Beteiligung des deutschen Qualitäts- und Kunstgewerbes der Weltausstellung San Francisco 1915 zu organisieren und künstlerisch zu leiten. Damit ist für die deutsche Abteilung auf der großen Panama-Ausstellung, für die sich bekanntlich ein Komitee unter der Führung der Hamburg-Amerika-Linie gebildet hat, ein fester Kern gesichert, der die besten Leistungen deutscher Qualitätsarbeit in einem geschlossenen künstlerisch abgerundeten Bild zusammenfassen wird und hierdurch einen Erfolg verspricht, ähnlich dem der deutschen Abteilung auf der Brüsseler Weltausstellung, bei der gleichfalls der Deutsche Werkbund an erster Stelle mitgewirkt hat. Die Deutsche Werkbund-Ausstellung Köln 1914, die als erste große Qualitätsausstellung alle in den Wirkungsbereich des Werkbundes fallenden Gewerbe zum erstenmal vereinigen wird, gewinnt unter diesem Gesichtspunkte noch die besondere Bedeutung als Vorzeichen für San Francisco, und es ist wohl zu hoffen, daß nach dieser Vorprüfung im ganzen und für jeden einzelnen die vom Werkbund gestellte deutsche Qualitäts-Abteilung auf der Weltausstellung in San Francisco tatsächlich ein vollkommen abgerundetes Bild von dem deutschen Gewerbe geben wird.

LC. Die Sozialdemokratie hat auch bei weiteren Kommunalwahlen schlecht abgeschnitten. So ist sie bei der Stadtverordnetenwahl in der lippschen Stadt Bismberg völlig zusammengebrochen. Während die Sozialdemokratie das vorige Mal zwei Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, siegte diesmal die Liberalen mit weit mehr als doppelter Mehrheit. — Auch in Heilbronn ergab sich bei den Gemeindevertreterwahlen ein erfreuliches Wachstum der fortschrittlichen Stimmen.

* **Auf dem Kongress für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege in Berlin** hielt im weiteren Verlauf der Verhandlungen die Wohnungsinспекторin Dr. Auguste Lange (Halle) einen Vortrag, in dem sie für die Mitwirkung der Frauen in der Wohnungsaufsicht eintritt. Sodann erstattete Beigeordneter Dr. Hopf (Eberfeld) ein Referat über Wohnungspolizei. Der Redner führte u. a. aus: Die Handhabung der polizeilichen Befugnisse dürfe niemals der allgemeinen Exekution überlassen werden. Am zweckmäßigsten läge die ganze Wohnungsaufsicht und Pflege einschließlich der polizeilichen Funktionen in der Hand der Städte. Über das Thema „Wohnungsnotwendigkeit“ sprach Bürgermeister Dr. Luppe (Frankfurt a. M.).

Post und Eisenbahn.

— **Ein deutscher Schnelltelegraph.** Bis vor zwei Jahren war die Reichstelegraphie bei der Verwendung von Morse-Telegraphen, die eine weitgehende Ausnutzung der Leitungen gestatten, noch auf ausländische Systeme, wie auf den Marz-

Apparat, angewiesen. Anfang 1912 unternahm die Reichstelegraphenverwaltung Versuche mit einem von der Firma Siemens u. Halske konstruierten Schnelltelegraphen. Sie fielen so günstig aus, daß bald mehrere Apparatsätze angeschafft wurden. Auch diese haben durchaus befriedigt. Während der Marz-Apparat 5 bis 600 Zeichen in der Minute zu übermitteln vermag, liegt beim deutschen Siemens u. Halske-Schnelltelegraphen die Grenze seiner Leistungsfähigkeit etwa bei 1000 Zeichen in der Minute. Da man bei der deutschen Sprache durchschnittlich auf ein Wort 7 Zeichen rechnen kann, stellt sich die Höchstleistung des Siemens-Apparates auf 140 Wörter in der Minute. Dies verdoppelt sich indes noch bei Verwendung der Gegenstromschaltung, die zur möglichsten Ausnutzung der Leitungen stets angewandt wird. Durch den Schnelltelegraphen von Siemens u. Halske ist hiernach ein dem Marz-Apparat mindestens gleichwertiger deutscher Apparat geschaffen worden. Er zeichnet sich nicht nur durch seine bedeutenden Leistungen aus, sondern auch durch einfache Bedienung und große Betriebssicherheit. Der Siemens-Apparat, über den das neueste Archiv für Post und Telegraphie eine eingehende Darstellung bringt, wird anzei beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin auf den Leitungen nach Frankfurt (Main), Breslau, Düsseldorf, Straßburg (Elz.) und Königsberg (Pr.) verwandt.

* **Postverkehr mit Serbien.** Für die neuserbischen Gebiete können bis auf weiteres nur gewöhnliche und eingeschriebene Briefschaften sowie gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen zur Beförderung angenommen werden. Alle anderen Gattungen von Postsendungen, wie Wertbriefe, Postaufträge, Nachnahmen und Pakete für Neuserbien werden von der serbischen Postverwaltung noch nicht zugelassen.

Ausland.

Spanien.

Maura gründet eine neue Partei. Madrid, 5. Dez. Es wird berichtet, daß Maura die Leitung einer neuen Partei übernehmen wird, die sich die monarchistische Linke nennen wird. Eine andere Meldung aus Madrid besagt, daß der spanische Kommissar in Moskau, General Marina, durch ein Telegramm nach der Hauptstadt zurückberufen wurde und morgen in Madrid eintreffen wird. Er wird mit dem Minister über die Lage in Moskau beraten. Man glaubt jedoch, daß es sich hauptsächlich um die Affäre Rannesmann handelt.

Nordamerika.

Gegen die Einwanderung von Analphabeten. Washington, 5. Dezember. Der Vorsitzende der Einwanderungskommission des Repräsentantenhauses Budeit hat den Einwanderungsgeheimrat wieder eingebracht, durch den die Zulassung der Einwanderer davon abhängig gemacht wird, daß sie in einer Sprache schreiben und lesen können. Der frühere Präsident Taft hatte gegen dieses Gesetz sein Veto eingelegt. Die amerikanischen Bürger israelitischer Religion hatten es beanstandet, weil es allzugroße Härten gegen manche ihrer Glaubensgenossen enthalte, die nach Amerika einzuwandern wünschten.

Sitzung der Stadtverordneten.

Wiesbaden, 5. Dezember.

Anwesend waren 35 Stadtverordnete.

Den Vorsitz führte Justizrat Siebert.

Es wurde sofort in die Erlebigung der veröffentlichten Tagesordnung eingetreten, auf der als erster Punkt das Projekt für den

Neubau des Pavillons 3 des städtischen Krankenhauses stand. Über dessen Prüfung durch den Bauausschuß berichtete Stadtverordneter Schwank. Das ursprüngliche Projekt wurde von 50 auf 82 Betten erweitert. Das Gebäude wird längs der Waller Straße errichtet. Es zerfällt in zwei Gruppen und enthält eine Kinderstation mit 40 Betten, eine geburtsärztliche Station und eine gynäkologische Abteilung. Im Dachgeschoß werden Wohnräume für Ärzte, Pflege- und Dienstpersonal untergebracht. Die innere Einrichtung wird derjenigen des Pavillons 4 entsprechen. Die Kosten sind bei einem Einheitsfuß von 23,3 M. pro Kubikmeter zu 317 000 M. veranschlagt. Das Projekt wird debattelos genehmigt.

Aber das Projekt zur

Errichtung eines Neubaus an der Baustelle

berichtete Stadtverordneter Hildner namens des Bauausschusses. Nach jahrelangen Projektierungen und Verhandlungen ist das vorliegende Projekt zustande gekommen. Darin wird auf die zuerst beabsichtigte Einrichtung von Fremdenzimmern wegen der höheren Kosten verzichtet. Auch wird auf die Offenhaltung des Laib Rücksicht genommen und das Gebäude an den Laib verschoben. Diesen Platz bezieht der Ausschuss als den gegebenen. Das Gebäude ist eingeschossig mit ausgebautem Dachstuhl für die Wohnung des Restaurateurs und des Personals. Im Hauptgeschoß sind ein Hauptrestaurationsaal für 120 Personen, ein Gastzimmer für 20 Personen, Büfet, Nebenräume und zwei Hallenbauten, die mit einer Terrasse in Verbindung stehen, vorgesehen. Die Kosten sind zu 1 000 000 M. veranschlagt. Der Ausschuss war

der Meinung, daß sich die Mängel des alten Hauses durch einen Umbau nicht beseitigen ließen. Er stimmte dem Projekt zu, weil daran die Voraussetzung geknüpft sei, eine höhere Nacht herauszuschlagen. Der Ausschuss war ebenfalls der Meinung, daß ein Hotelbau hier nicht notwendig sei. Die Rücksichtnahme auf die Erhaltung des Laib und die Aussicht auf das hintere Tal erweist er als richtig an. Die Raumeinteilung bezeichnet er als den Bedürfnissen entsprechend und die Gesamtdisposition als zweckentsprechend, auch das Äußere als dem Charakter der Gegend entsprechend. Der Ausschuss spricht sich für die Genehmigung aus, empfiehlt aber eine Prüfung in finanzieller Hinsicht durch den Finanzausschuß.

Nach längerer Debatte, auf die wir morgen zurückzukommen gedenken, wird ein Antrag Baumbach (der Antragsteller hat bekanntlich bereits in der vorigen Sitzung die Rentabilität der Anlage in Zweifel gezogen), das vorliegende Projekt abzulehnen, mit Stimmenmehrheit angenommen.

Auf Antrag des Bauausschusses wurden sodann beauftragt: a) 1200 M. für die Unterfütterung des Laib- und Baberbaums in dem Kanalkanalgebäude an der Schornhofstraße zur Aufbewahrung der Schläuche und Kanaltiefel (Referent: Stadtverordneter Schweisguth); b) 7390 M. für Instandsetzung von Stellräumen im Rathaus und zur Beschaffung von Mobiliar für die neuen Büroräume der Steuerverwaltung mit der Maßgabe, daß das Mobiliar, so weit irgend tunlich, hier in Wiesbaden angefertigt wird (Referent: Stadtverordneter Schwank); c) 2070 M. für Umpflasterung des Hofes, Entwässerung der Gasse, Herstellung einer Abwasserfammelgrube in dem Gasantriebsgebäude (Referent: Stadtverordneter Hansohn); d) 1900 M. für Instandsetzung einiger Räume im städtischen Wohnhaus „Zum Schützenhof“ (Referent: Stadtverordneter Kalkbrenner).

Der Punkt 7: Schlugaabrechnung für den Kurhaus-Neubau wird von der Tagesordnung abgelehnt. Der Magistratsvorlage auf Bewilligung eines weiteren Zuschusses von 4000 M. an das Arbeitsamt für das Jahr 1913/14 und Erhöhung des nächstjährigen Zuschusses von 6000 auf 10 000 M. wird auf Antrag des Finanzausschusses (Referent: Stadtverordneter Purrer) genehmigt.

Aber die Feststellung und Abnahme der Jahresrechnungen der Haupt- und der Krankenhausverwaltung für 1911 referierte namens der Rechnungsprüfungskommission Stadtverordneter Glaeser. Der Ausschuss hat nichts zu erinnern gefunden. Auf seinen Antrag wurde dem Magistrat und den Kassensührern Entlastung erteilt.

Die neuen Vorlagen wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorprüfung überwiesen.

Oberbürgermeister Gläffing über die bauliche Entwicklung der Stadt.

Zu dem Antrag des Magistrats auf Wahl einer gemischten Kommission zur Prüfung der Frage, ob das vorhandene baureife Gelände den Erfordernissen der städtischen Entwicklung entspricht, führte Oberbürgermeister Gläffing aus:

Meine Herren! Es haben sich gerade in letzter Zeit die Klagen darüber gehäuft, daß das in unserer Gemarkung liegende anbaureife Gelände den Anforderungen der städtischen Entwicklung nicht genüge. So ist in dem Jahresbericht des Haus- und Grundbesitzer-Vereins über das Vereinsjahr 1912/13 als ein fühlbarer Mangel bezeichnet worden, daß an fertigen Baustellen nur eine geringe Anzahl vorhanden sei, daß vor allem aber der Zugang neuer Steuerzahler außerordentlich erschwert werde durch die Tatsache, daß Einfamilienhäuser in einer Preislage von 30—50 000 M. nicht zu haben seien, daß also für den mittleren Rentner die Ansiedelung recht erschwert werde, und daß schließlich auch Reihenhäuser in freien Lagen (Willenquartieren) infolge des Mangels an anbaureifem Gelände und der Bestimmungen der Baubauordnungsverordnung nicht errichtet werden könnten.

Wenigstens wird in dem Jahresbericht für 1912 mit dieser Frage, wie überhaupt mit der Frage des Haus- und Wohnungsmarktes, des Fremden- und Immobilienverkehrs in außerordentlich wertvollen Ausführungen beschäftigt und dabei betont, daß die

starke Nachfrage nach billigen Landhäusern nicht befriedigt werden könnte, und Wiesbaden dadurch die Ansiedelung in den Vororten oder sogar eine Abwanderung hier wohnender Rentner nach den Vororten als Folge dieser Mängel auf sich nehmen müßte. Auch die Handelskammer hat sich in ihrem Jahresbericht für 1912 mit dieser Frage, wie überhaupt mit der Frage des Haus- und Wohnungsmarktes, des Fremden- und Immobilienverkehrs in außerordentlich wertvollen Ausführungen beschäftigt und dabei betont, daß die

Nachfrage nach größeren Villen geringer war, wie in den Vorjahren, daß aber kleinere Villen sehr begehrt wurden. Die Handelskammer hat ferner in ihrem Bericht Ausführungen eines erfahrenen Fachmannes, des Herrn Architekten Schellenberg, aufgenommen, der zu dem gleichen Ergebnis gelangt, die Erbauung von Einfamilienhäusern mit 4—5-Zimmer-Wohnungen begehrt und die Erschließung von billigerem Gelände zur Erbauung von Landhäusern. Ein Unterschied in der Auffassung der Sachlage seitens des Haus- und Grundbesitzer-Vereins und der der Handelskammer ist nur darin zu finden, daß der Haus- und Grundbesitzer-Verein

die Ursachen dieser Erscheinungen fast allein in den nach seiner Ansicht zu hohen Straßen- und Kanalsteuern und Auflagen aller Art, in der Schwierigkeit der

troß der Breite vieler Szenen sowie der oft nur auf englische Verhältnisse zugeschnittenen Höhe großen Beifall im König. Residenztheater, zu dem sicherlich das vorzügliche Spiel aller Darsteller, besonders Steinrücks als Professor Higgins und Frä. Ritters als seinem Versuchsanstehen, viel beitrug. Man amüsierte sich doch köstlich darüber, wie es dieser Mann zu Wege bringt — von den Experimenten sieht man zwar nichts Näheres, nur von den Resultaten — aus dem ordnaren Blumenmädchen, einem App. den es in dieser Potenz wohl nur in England gibt und den wir ihm gern lassen wollen! innerhalb von sechs Monaten eine „echte“ Herzogin zu machen, die man sorglos im Buckingham-Palast vorstellen kann. Freilich, er hat ihr nur die feine Sprache und die tadellose „Genehmigung“ beibringen können (was bei seinem Beispiel schon Wunder nehmen muß!) und beides ist stärkeren Proben wie dem Wiedererscheinen ihres Vaters, des Militärchefs, als Gentleman, auch nicht gewachsen. Ihre innere Veredelung hat dagegen Oberst Padering vollzogen, der sie wie eine Dame behandelt und mit „Miß“ anredet hat. Der Dialog ist wie immer flott und geistreich, der Schluß überaus komisch und überraschend.

Mein musikalischer Genährsmann A. St. übergibt mir folgenden Bericht: „In der Hofoper bildete ein Galspiel Ballettstück in Violetta, Nigoleto und Rastanball gleichsam ein Schauspiel zur eben brendenden Gedächtnis. Der berühmte Bariton feierte durch seine meisterhafte Gesangskunst wie immer wohlverdiente Triumphe. Die wertvollste Gabe des verschlossenen Monats war jedoch eine Aufführung des „Armen Heinrich“, die Pfihner selbst dirigierte. Die ganze Tiefgründigkeit dieser wundervollen Musik, die religiöse Erstaunlichkeit und die Erregung durch Mitleid und Liebe

mit einer die letzten Fibern des Herzens ergreifenden Macht ausbrach, wurde erst durch Pfihners Leitung voll erschlossen. Die weitgespannten melodischen Linien erschienen mit stellerweise geradezu neu, obwohl es die sechste Aufführung des Dramas war, die ich hörte. Die nicht endenwollenen Ovationen des gefüllten Hauses bewiesen, daß der Eindruck auf alle Hörer ein unglaublich tiefgehender war. Es war ein musikalisches Erlebnis stärkster Art.

Im scharfen Gegensatz hierzu standen ein paar musikalische Kuriosa; es ist schwer, einen anderen Ausdruck zu finden. Die Hofoper brachte Gluck's letztes Werk „Echo und Narcis“ unter Mitwirkung der Schule Elizabeth Duncan als Erstaufführung. Solisten und Chor waren im Orchester platziert, während auf der nur von grauen Haltemorhängen umspannten Szene die Schillerinnen tanzend verfinstlichten sollten, was Dichtung und Musik ausdrücken. Die kleine Rangelweile, die schon nach dem ersten Akt auf dem Hause lastete, war die Quittung für dieses pietätlose und stilwidrige Vorgehen. — Im ersten Abonnementkonzert der musikalischen Akademie brachte Bruno Walter die achte Beethoven'sche Sinfonie, dieses von warmem Humor überquellende Werk in passender dramatischer Aufmachung mit Opernreifelem Meyerbeer'schen Geistes. Die selbstverständliche technisch vorzügliche Wiedergabe ändert daran nichts, daß Walters Auffassung, die einzig dastehen dürfte, eine Todfunde gegen den heiligen Geist Beethoven's ist. Das zweite Konzert brachte eine von V. Schiller neu herausgegebene „Sinfonia“ von W. Friedmann Bach für Streicher und zwei Klöden, ein von dem großen Talent des verkommenen Anglistischen gezeugtes Werk. In der darauffolgenden 3. Sinfonie von Walter war Walter in seinem Element; es war eine vorzügliche Auffüh-

zung, nur war es leider — Walter. Die Tragik Schiller's Bolkens bei im tiefsten Grunde doch schöpferische Impotenz ist ergreifend; sie ändert aber an dem inneren Wert seiner Werke nichts, die wohl in einigen Jahren nur mehr historisches Interesse bieten werden.

Die Hofoper brachte als Uraufführung — worin wir nicht verwehrt werden — Sulamith von Paul von Henen. Der Komponist ist zwar Däne, lebt aber seit Jahren hier und ging aus der Schule von Thulke hervor, so daß er wohl als Münchener angesehen werden darf. Das Werk ist eine Vertonung des hohen Biedes (in der Herderschen Übersetzung), womit schon gesagt ist, daß es ein weltliches Oratorium, Kantate oder wie man sonst bezeichnen will, jedenfalls aber kein „Opernakt“ ist, wie es Henen bezeichnet hat. Die sechs Bühnenbilder, die ohne Zwischenpause folgen, können höchstens die Stimmung der Musik verstärken, die im Konzertsaal gerade so gut ausgeführt werden könnte. Die melodische Erfindung ist gerade nicht sehr reich, doch finden sich einige wunderbare Eingebungen, wie namentlich Sulamith's Lied „Zum Ruhgarten bin ich gegangen“ mit anschließendem Chor und Tanz. Mit Ausnahme eines unerheblichen Mißfalles im 5. Bild — Orgie im Palast des Salomo — ist die Komposition vornehm, die sehr schöne Behandlung des Orchesters erinnert an die modernen Franzosen, und vor allem an Debussy, ist aber wärmer und kraftvoller. Das Werk hatte einen warmen Erfolg und dürfte seinen Weg wahrscheinlich mehr durch den Konzertsaal als über die Bühne machen. Frä. Petard-Vohl war in Gesang, Erscheinung und Darstellung eine bezaubernde Sulamith, Herr Braderien ein würdiger Salomo. Bruno Walter leitete die Aufführung mit viel Biede.“ Eva Gräfin v. Baubiffin, (Spotatzen)

Baupolizeiverordnung, des umständlichen Verfahrens für die Baupolizei nicht, während die Handelskammer und ihr Vorsitzender auch die oft zu hohen Grundstückspreise als verwerfliche Faktoren in erster Linie mit in Rechnung ziehen.

Ähnliche Klagen über den Mangel an anbaureichem Gelände sind auch von den Besitzvereinen an den Magistrat gelangt, besonders gelegentlich der von dem Magistrat gegebenen Anregung, in Zukunft die Baupolizeiarbeiten auch im Innern der Stadt auszuführen und damit gewissermaßen eine Verbindung zu schaffen zwischen dem Interesse des Arbeiters an der Arbeitslosigkeit, dem Interesse des Grundbesitzers an der Verbesserung der Lage zum Verkauf und des Interesses der Stadt an der für die Entwicklung der Stadt außerordentlich wichtigen Frage, für etwa eintretenden vermehrten Zugang gesichert zu sein durch eine ausreichende Anzahl anbaureicher Plätze in allen auch den mittleren Rentnern zuzurechnenden Preislagen. Im übrigen findet die Meinung, daß die Nachfrage nach billigerem Gelände für Landhausbauten recht oft auftritt, aber nicht befriedigt werden kann, auch durch die Erfahrungen des städtischen Vermessungsamtes, daß sich über diese Angelegenheit ausführlich gehört habe, Bestätigung. Wegen der Verhältnisse wirklich so, so ist es eine selbstverständliche Pflicht der Verwaltung, diese Frage einmal einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, denn

es liegt in dieser Frage die für die städtische Entwicklung außerordentlich wichtige Frage der Förderung des Zugangs und der Schaffung besserer Verdienstmöglichkeiten für den Handwerker und den Arbeiter sowie für Handel und Gewerbe. Man mag nur über diese Frage denken, wie man will. Tatsache ist, daß einige der Vororte sich in der Bauart und verhältnismäßig gegenüber Wiesbaden besser entwickeln konnten, als die Grundstücke hier in den billigeren Bodenpreisen, in mittleren verhältnismäßigen Bestimmungen, in geringeren Steuern und Abgaben liegen, bleibt zu berücksichtigen, vergesse man nicht, daß an die Straßen in den Vororten weit geringere Ansprüche gestellt werden wie hier in Wiesbaden, auch liegt in den guten Verkehrsbedingungen, die speziell Wiesbaden, Sonnenberg, Wiesbach und Erbenheim mit Wiesbaden haben, die Ursache zu einer weiteren Entwicklung nach dieser Richtung auf Kosten von Wiesbaden; Tatsache ist ferner, daß in Wiesbaden selbst Nachfrage nach billigeren Bauplätzen für Landhäuser vorhanden ist, aber mangels billigeren Plätzen nicht befriedigt werden kann, obwohl Wiesbaden nach amtlichen Berechnungen unter der Voraussetzung, daß die günstige Entwicklung der letzten 5 Jahre — anhalten wird, noch für ca. 200 Jahre mit Villengrundstücken genügend versorgt ist; Clarental ist dabei noch nicht einmal mit berücksichtigt.

Also überflüssig an Gelände und doch kein Platz für die Ansiedelung all der zahlreicheren Leute mit mittleren Einkommen, die hoffen, in einer von der Natur so ausgezeichneten Stadt, wie Wiesbaden mit verhältnismäßig geringen Kosten Familienhäuser errichten zu können, wie man sie sich eben in vielen anderen Städten herrichten läßt. Mit Recht hat man darauf hingewiesen, wie außerordentlich schädlich diese Zustände für die weitere Entwicklung der Stadt sind, wie sie dazu führen, gerade den zahlreich auftretenden mittleren Rentnern der Stadt fern zu halten, und wie viel wertvoller für die Befriedigung des wirtschaftlichen Lebens der Stadt billigeres Wohngebiet 10 Rentner mit einem Einkommen von 8 bis 10 000 M. sind, als ein einziger mit einem Einkommen von 80 bis 100 000 M., der dieses Einkommen nur zu einem Teil zum Verbrauch bringt. Man hat es gewiß verstanden, daß die sehr begünstigten Wohnviertel zu schaffen, die zu den schönsten gehören, die deutsche Städte geschaffen haben; man hat dem Gemeinderat der Stadt dadurch einen wertvollen Dienst geleistet, nicht minder aber auch der Steuerkraft, mit deren Hilfe die Entwicklung der Stadt eine wertvolle Förderung erfährt. Wenn das gleiche nicht in solchem Maße bezüglich der Masse von Menschen gelungen ist, die über ein mittleres Einkommen verfügen, so ist das zu bedauern, nicht allein im Interesse der Finanzen der Stadt, der weit besseren Befriedigung des gewöhnlichen Lebens durch eine größere Anzahl von Verbrauchern, sondern auch im Interesse der Erhaltung der Stabilität der städtischen Verhältnisse, die schon sehr erschüttert werden kann, wenn von den Höchstverdienern nur einige wenige in Wegfall kommen; nicht in letzter Linie wird auch das ganz bedeutende Interesse der Gesamtheit der Grundbesitzer an der Veräußerung ihrer Grundstücke durch eine größere Anzahl mittlerer Einkommensbesitzer weit besser gedeckt wie durch einige wenige sehr Begüterte.

Wir müssen also mit allen Mitteln versuchen, uns auf dem Gebiete der Vermehrung der Zugangsmöglichkeiten für Besitzer eines mittleren Einkommens konkurrenzfähig zu machen, wenn wir nicht dauernden Schäden leiden wollen.

Um ein klares Bild zu gewinnen und einmal herauszukommen aus dem unendlichen Gewirr widersprechender Meinungen, die sich über die bestehenden Verhältnisse und deren Ursachen gebildet haben, habe ich zunächst einmal feststellen lassen, wieviel Landhausbauten seit 1. Jan. 1908 errichtet wurden; also seit 5 Jahren; es sind im ganzen 127; von diesen haben 17 einen Wert unter 60 000 M., d. h. 3 einen Wert von 20—40 000 M. und 14 einen solchen von 40—60 000 M.; 50 Landhäuser stellen den Wert von 60—100 000 M. dar; 46 einen solchen von 100—200 000 M. und 14 einen Wert von 200 000 M. bis über 400 000 M. Nur bei 13 dieser Landhäuser blieb der Bodenwert frei von Grundbesitzern unter 700 M. Dieses auf amtliches Material gestützte Bild bestätigt vollkommen die Berechnung der von der Handelskammer und dem Haus- und Grundbesitzerverein behaupteten Mängel; eine noch wertvollere Festlegung finden Sie in der Steuerzusage und in einer Statistik, die ich über den Zugang in den Jahren 1895 bis 1910 habe aufstellen lassen, aus der klar hervorgeht, daß man sich über den Zugang der sehr Wohlhabenden bis heute noch nicht zu beklagen hatte, wohl aber über den verhältnismäßig geringen Zugang der in bescheidenen aber doch wohlhabenden Verhältnissen Lebenden, die für andere Städte eine beständige wirtschaftliche Kraft bilden. Man würde Unrecht tun, wenn man diese Erscheinungen, die die weitere Entwicklung der Stadt wenig günstig beeinflussen, glatt auf das Konto von Fehlern der städtischen Verwaltung legen wollte; der gerechtfertigte Vorwurf der Verwaltung ist nicht der, daß sie die Verhältnisse nicht besser abgesehen und nicht besser, festgehalten, daß die soeben hervorgehobenen Mängel auch durch Ursachen hervorgerufen wurden, die die städtische Verwaltung zu beseitigen gar nicht in der Lage ist ohne den Willen anderer Faktoren, die hier mitzusprechen haben; ich erinnere nur an das aus der Handelskammer angebotene nicht allgütige Verständnis mancher Grundbesitzer für eine angemessene Preisbildung, die von der Stadt aus später zu erörternden Gründen nicht befolgt werden konnte; ich erinnere an die sehr ins Gewicht fallenden baupolizeilichen Bestimmungen, die der Kompetenz der städtischen Verwaltung nicht unterliegen; ich berufe mich nicht zu erwähnen, daß die angesichts des sehr zerstückelten Grundbesitzes so wertvollen und allein zum Ziel führenden Bauplanumlegungen früher nicht vorwärts kommen konnten infolge des Widerstandes einzelner Grundbesitzer; ich erinnere an das recht oft jetzt zu beobachtende Stillstehen der Verwaltung recht vieler Städte, an die unangenehme Verhältnisse des Grundmarktes und die damit verbundenen Verunsicherungen jeder Unternehmungslust. Schon hiermit habe ich eine Reihe von Faktoren aufzählen lassen, die sich in Entfaltung und Wirkung der Macht der städtischen Verwaltung einwirken, aber alle mehr oder minder nicht ohne wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung der Verhältnisse geblieben sind. Dabei ist nicht ohne Interesse die Feststellung, daß nach einer Berechnung des Vermessungsamtes die Gesamtschätze des aus der Bauplanung resultierenden Geländes innerhalb unserer Gemarkung 1188 Hektar beträgt. Von dieser Fläche gehören dem Dominantistat und dem Realstudienfonds, also der städtischen Verwaltung, 268 Hektar, der städtischen Verwaltung 207 Hektar und dem Groß-

grundbesitz 107 Hektar; es gehören also dem Staat, der Stadt und dem Großgrundbesitz mehr als die Hälfte des gesamten zur Bebauung geeigneten Geländes. Daß diese Verteilung des gesamten Grundbesitzes nicht immer förderlich ist für die Entwicklung, kann niemand behaupten; es scheint sich hier aber langsam unter dem Zwang der Verhältnisse

eine Umwälzung der Meinungen

vorbereiten; man scheint in den Kreisen der Grundbesitzer sich doch die Frage vorzulegen, ob es wirklich kaufmännisch gehandelt ist, lieber auf die Verwertung der Grundstücke selbst auf Jahre hinaus zu verzichten, als von den für angemessen gehaltenen Preisen abzugehen. Die Hoffnung auf das Wiederkommen höherer Preise ist die Hoffnung, die hier immer noch der eine oder andere, eine Hoffnung, die nach Ansicht des in dem Handelskammerbericht zu Wort gekommenen Sachmannes eine tragische ist. Der fortgesetzte Verlust an Zinsen im Falle des Ablassens der Grundstücke wird schließlich ja doch nicht wieder eingebracht; die Hoffnung auf den Erlös dieses Verlustes wird um so trügerischer, je länger die Verwertung ausgesetzt wird. Ich freue mich dieser aus Grundbesitzkreisen mir zugehenden Auffassungen und Wünsche, daß auch vor allem der Ruf sich durch die Ergebnisse unserer nun beginnenden Kommissionsarbeit von der Unrichtigkeit der Politik des Festhaltens hoher Preise überzeugen läßt. Die Umwälzung der bisherigen Auffassung ist ja mit anderen Faktoren die Voraussetzung für eine glücklichere Entwicklung der Stadt. Und wenn es vergangen ist, mit seinem Grundbesitzbestande ein entscheidendes Machtwort bei dieser Entwicklung mitzusprechen, der soll sich auch seiner Verantwortung bewusst sein, zumal diese Verantwortung angesichts der bestehenden Verhältnisse nicht schwer zu vereinigen ist mit dem an und für sich berechtigten Verlangen, einen angemessenen, aber nicht unbedingten Preis für seinen Besitz zu erhalten. Man wird fragen, warum die Stadt ihren Besitz nicht in dieser Sinne verwertet hat. Diese Frage ist einfach zu beantworten. Die Stadt besitzt 207 Hektar zur Bebauung geeignetes Gelände; abgesehen von dem für Plätze und Straßen reservierten Teile des Besitzes hat die Stadt aber keine größeren zusammenhängenden Komplexe; der hier außerordentlich zerstückelte Grundbesitz erschwert also die Abfindung großer Komplexe zu erwerben, wie sie andere Städte haben, die ja große eigene Grundstücksflächen aufgeschloßen haben zu Wohnquartieren, die also in der Anhebelungs- und Preisfrage auch auf diese Art ein Machtwort gesprochen haben. Nach der 3. Fassung hat die Stadt versucht, das Gut Clarental vom Realstudienfonds zu erwerben, die in Aussicht stehenden Preise hätten aber die Zwecke der Stadt nicht zur Verwirklichung gelangen lassen und so unterblieb der Verkauf. Auch war hier immer wenig Neigung, solche anderen Terrainschätze städtischerseits zu machen; sie haben auch ihre Bedenken, schließen ein außerordentliches Risiko in sich und schon manche Stadt — Sie brauchen nur an Frankfurt zu denken — hat überbesselt und sich dadurch in wenig angenehme Situationen gebracht. Also die Stadt kann auf dem Gebiete der Preisregulierung gegenüber unbedingten Anforderungen der Privaten wie der Schaffung vermehrten anbaureichen Geländes kraft eigenen Grundbesitzes wenig helfen; wohl aber ist sie, die Kraft des öffentlichen Geldes, die legitime Förderin der Städtevergrößerung ist, in der Lage, durch andere Mittel helfend einzugreifen. Und zur Leistung dieser positiven Arbeit hat sie bereit und ist sie noch bereit.

Nach unserm meinsten Amtsvorgänger, Herrn Oberbürgermeister v. Abel, der sich der Wichtigkeit dieser Frage wohl bewußt war, ist die Lex Hülshof für Wiesbaden zur Einführung gelangt; es sind Bauplanumlegungen nach diesem Gesetz bereits im Gange in der offenen Bauweise in der Wilhelmstraße, der Richard-Wagnerstraße, in der geschlossenen Bauweise in der Mäcker- und Wilhelm-Gaßstraße. Diese Umlegungen fördern anbaureiches Gelände auf dem Markt und heben so die Situation, wenigstens auch bekannt werden muß, daß die genannten Ragen in der offenen Bauweise die Hoffnung auf die Möglichkeit der Errichtung sehr billiger Landhäuser, wie sie der Haus- und Grundbesitzerverein im Auge hat, nicht erfüllen werden. Es wird Aufgabe der Kommission sein, das für diesen Zweck geeignete Gelände zu bezeichnen und zur Aufschließung zu empfehlen, denn an diesem Gelände ist ein bedenklicher Mangel; ich habe das Gebiet 5 und 6 hierauf unterfuchen lassen — das Gebiet 5 kommt für billige Landhäuser nicht in Frage, da nur 1/2 der Grundfläche bebaut werden darf — und es hat sich das Bild ergeben, daß von 21 baureichen Landhausplätzen für mittlere Rentner nur 68 Plätze im Betracht kommen, auf denen Landhäuser zum Gesamtwert von ca. 60 000 M. errichtet werden können unter Voraussetzung eines Bodenwertes von durchschnittlich 20 000 M. Hier muß also geholfen werden und hier kann geholfen werden, wenn nur bei allen Beteiligten der ernste Wille vorhanden ist, zu helfen; Vergeltung, das zu billigerem Preise abgegeben werden kann, ist nur Geringes vorhanden, es braucht nur aufgeschloßen zu werden mittels Bauplanumlegung, und der Magistrat ist gern bereit, hier zu helfen. Weitere Hilfe außerhalb dieser Bauplanumlegungen kann gegeben werden durch die Prüfung der Frage, ob und inwieweit die Stadt unter Berücksichtigung der Interessen der Allgemeinheit der Steuerzahler berechtigt ist, entgegenzukommen mit

Erleichterungen hinsichtlich der Straßenzugang und Kanalkosten; zu prüfen wäre ferner, welche Anregungen etwa zur Änderung der Baupolizeiverordnung bei der künftigen Vollzeibehörde gegeben werden können zur Verbesserung der Lage. Auch auf dem Gebiete der Besteuerung des Grundbesitzes kann eine Besserung eintreten, indem am 1. April 1915 als die Schäden der Reichwertverminderung nach welcher 1914 die Stadt die Steuer nach erhebt, beseitigt werden müssen durch eine lokale Steuerordnung, die vielleicht noch über diese Schäden hinaus Entschädigungen zeigen und damit erträgliche Formen annehmen kann. Was weiter etwa auf dem Gebiete einer Ermäßigung der Umfahneuer gegeben kann, hängt lediglich von dem Stand der Finanzen und von der Frage der Steuerumsetzung ab. Versprechungen nach dieser Richtung habe ich offiziell nicht zu machen; ich deute nur meine persönliche Überzeugung an, die diese steuerliche Frage zu gegebener Zeit gründlich zu prüfen. Es wird — wie ich schon im Anfang meiner Ausführungen hervorgehoben habe — eine weitere Aufgabe der Kommission sein, die Frage der Ausbesserung von Straßenbau und Kanalisation durch Rat und Tat zu fördern, innerhalb der Stadt unter gleichzeitiger Förderung des Handelns der Verneuerung des baureichen Geländes in ernstliche Erwägung zu ziehen. Selbstverständlich kann diese Frage nicht so aufgesetzt werden, als ob die Stadt nun bereit wäre, im Falle der Ausbesserung von Straßen und Kanälen durch Rothlandarbeiten auf den Erlös ihrer Kosten zu verzichten; das würde ja schon nicht anständig sein mit Rücksicht auf die Anlieger derjenigen Straßen, die auf normalem Wege hergestellt werden. Selbstverständlich ist natürlich, daß die Stadt den Teil der nicht beträchtlichen Mehrkosten, die durch die Ausbesserung durch Rothlandarbeiten entstehen würden, auf sich nehmen wird. Der verbleibende Rest würde von den Grundbesitzern getragen werden; jeder Grundbesitzer würde sich verpflichten, die auf seine Fronten entfallenden Kosten zu bezahlen. Der verbleibende Rest würde von den Grundbesitzern getragen werden; jeder Grundbesitzer würde sich verpflichten, die auf seine Fronten entfallenden Kosten zu bezahlen. Der verbleibende Rest würde von den Grundbesitzern getragen werden; jeder Grundbesitzer würde sich verpflichten, die auf seine Fronten entfallenden Kosten zu bezahlen.

Eine Rolle bei den Verhandlungen wird auch nach der Frage der Errichtung einer Auskunftsstelle für den Verkauf von Grundstücken spielen; diese Stelle muß Auskunft geben können über die Bodenpreise, über die Straßenzugang und über die Kosten der Verlegung, der Erbschaften des Straßenzuganges, des Kanals, der Kosten für Gas, Wasser, Elektrizität usw., nicht in letzter Linie auch über die baupolizeilichen Bestimmungen, soweit sie insbesondere betreffen die baureichen Plätze, die Gebäudehöhe, den Grenzabstand, die vorgeschriebene Bauplanumteilung, ferner über alles nur irgend Wissenswertes. Die künftige Stelle der Bodenpreise das vorhandene Material der Grundbesitzer nicht ausreicht, weil die Grundbesitzer oft nicht geneigt sind, zu den Lagen zu verkaufen, wäre es natür-

lich sehr wertvoll und für den Wert der Auskunftsstelle geradezu entscheidend, wenn sich die Grundbesitzer entschließen könnten, die Preise, zu denen sie verkaufen wollen, insbesondere die Frage, ob sie zur feldgerichtlichen Lage verkaufen wollen, dem Bureau mitteilen. Für die Straßenzugangskosten können stromweise Vergütungen angesetzt und durch Druck vertrieben werden; ähnliche Einrichtungen sind in anderen Städten schon vorhanden; für die baupolizeilichen Bestimmungen dürfte eine einfache Zusammenstellung sich empfehlen, die die wichtigsten Bestimmungen enthält, die auf Anfrage durch Unterstreichen hervorgehoben und dem Nachfragenden überliefert werden können. Zweckmäßige Pläne würden das Material zu ergänzen haben.

Es besteht kein Zweifel, daß durch solche Einrichtungen das Interesse an der möglichst umgehenden Erledigung von Anfragen nach Bauplätzen und an einer eingehenden Orientierung über alle zur Beurteilung notwendigen Verhältnisse in zweckmäßiger Weise und ausreichend berücksichtigt werden; auch wird die Frage zu erörtern sein, ob das gleiche Material auch in der Auskunftsstelle im Rathaus, auch im Verkehrsamt und in dem Sekretariate des Haus- und Grundbesitzervereins, vielleicht auch bei den Immobilienagenturen zur Offenlegung gelangen soll. Überwiesen werden soll der Kommission ferner noch als Arbeitsmaterial die Frage der Errichtung des Grundstudienfonds oder Grundbesitzersfonds der Stadt, die zugleich Anlaß geben wird, über die Bodenpolitik der Stadt ein Wort zu sprechen; auch soll die von Stadtrat Raibrenner gegebene Anregung der

Ansiedelung unschädlicher Industrie

von der Kommission weiter bearbeitet werden, nachdem die mit der Prüfung betrauten Herren Baum und Stadtrat Raibrenner zu einem definitiven Ergebnis gekommen sind; kurzgefaßt schwebt in dieser Frage noch Verhandlungen mit der Eisenbahndirektion. Zweckmäßigerweise wird in der Kommission auch in Erledigung kommen und unterzogen werden müssen eine Frage, die bereits in der Kluglinenkommission zur Erörterung kam und die zurzeit in einer kleinen Kommission dieser Deputation unter dem Vorsitz des geschäftsführenden Vorsitzenden Herrn Oberbürgermeister von Abel verhandelt wird; es ist die Frage der

Errichtung von Reihenhäusern

womöglich in Quartieren, die bisher nur zur offenen Bauweise zugelassen wurden, von Reihenhäusern in Baubauweise mit Gartenanlagen. Zurzeit ist Gelände am Molke-Ring, zwischen Sophienstraße und Gubas-Platz, Straße und soles zwischen Platz und Frankfurt Straße hierzu auszuheben; ob weiteres Gelände hierzu erschlossen werden soll, entscheidet sich zurzeit meiner Kenntnis. Es soll also der in anderen Städten mit Erfolg schon gemachte Versuch unternommen werden, dem Eigenmietverhältnisse auf diese Weise einige Vorteile bei in freier Lage wohnenden Grundbesitzern zu verschaffen. Dieser Gedanke ist zweifellos ein sehr glücklicher, aber er verdient mit größter Vorsicht behandelt zu werden. Während die Förderung der Landhausbauweise, ich meine die Frage der Ermöglichung der Schaffung billiger Landhäuser zu einer Konzentrierung der Grundbesitzer führen kann, weil eben für den, der auf eine Villa zum Kleinrentenbesitz Anspruch erhebt, die Eigenwohnung nicht in Frage kommt, tritt bei der Errichtung der Reihenhäuser mit dem bereits vorhandenen Eigenmietverhältnisse sehr in Frage, jedenfalls solange in Frage, als die Zahl der leerstehenden Wohnungen noch eine nicht unbedeutende ist. Die Handelskammer hat zwar in ihrem Bericht, daß sich das Reihenhäuser 4 bis 7-Zimmerwohnungen sehr bemerkbar mache; demgegenüber ist aber festzustellen, daß nach der Statistik im Oktober des Jahres 1912 noch 860 Wohnungen von 4 bis 7 Zimmern leergeblieben haben. Nun kommt es ja selbstverständlich auf Art und Lage dieser Wohnungen an; erst dann wird sich ein Urteil gewinnen lassen, wie weit man mit der Förderung der Reihenhäuserkonzepte gehen kann. Auch ist deshalb schon Vorsicht geboten in dem Umfang und Maße dieses an und für sich sehr wertvollen Gedankens, weil sich unter Umständen eine Verdrängung vollziehen kann in der Art, daß eine Abwanderung bereits ansässiger Mieter in diese neu geschaffenen Wohnungen erfolgt, womit den derzeitigen Grundbesitzern wohl kaum geholfen sein dürfte. Am liebsten hätte ich die Reihenhäuserkonzepte noch nicht ganz aufgegeben; ich will mich deshalb lediglich auf diese Bemerkungen beschränken und hoffen, daß sich hier ein Kompromiß erreichen läßt, der beiden Seiten gerecht wird; im übrigen kann ich die immerhin erfreuliche Mitteilung machen, daß der Prozentfuß an leerstehenden Wohnungen im Wohnbezirk betrugen im 1908 betrug er noch 7,6 Proz., jetzt beträgt er sich bereits 5 Proz., wie die in Arbeit befindliche Statistik für 1913 zur Nachprüfung bringen wird.

Und nun noch ein Schlusswort. Was ich will, ist vor allem eine kluge Klärung der Situation

durch gründliche, auf amtliches Material gestützte Kommissionsarbeit, die dienen soll zur Klärung der bestehenden Mängel, zur Beantwortung der Frage, welche Mittel der städtischen Verwaltung gegeben sind zur Abhilfe dieser Mängel; nicht in letzter Linie aber zur Klärung der Grundbesitzer und des Staatsstatus, die beide vielleicht unter dem Zwang der Verhältnisse eine Neuorientierung ihrer Politik vornehmen, der Politik des Festhaltens an den nach ihrer Auffassung richtigen Preisen selbst auf die Gefahr eines langwierigen Verzichts auf die Verwertung. Wenn die beiden eben genannten Faktoren — Grundbesitz und Staat — die glücklichere Lösung dieser so wichtigen Frage lediglich darin sehen, daß die Stadt in Straßen- und Kanalarbeiten Erleichterungen schafft, dann ist ein wesentlicher Erfolg überhaupt nicht zu erwarten. Wir erwarten von Grundbesitz und Staat Entgegenkommen über diese Voraussetzung hinaus und hoffen im übrigen, daß sich durch die Bestrebungen, baureiche Plätze in wesentlich mehrbedeutendem Maße auf den Markt zu werfen, eine preisregulierende Tendenz ergeben wird, die allen beteiligten Faktoren, den Grundbesitzern und dem Staat, zu einer früheren Verwertungsmöglichkeit ihrer Grundstücke verhilft und ihnen damit die ganz bedeutenden Verluste an Zinsen vermindert, der Stadt die Voraussetzungen zu einer besseren Entwicklung gibt und dem Handwerk und dem Arbeiter bessere Arbeitsmöglichkeiten schafft.

Wir sind weit davon entfernt, eine radikale Politik auf diesem so schwierigen Gebiete der Regulierung der Bodenpreiserhältnisse zu treiben.

Wir wissen die Gefahren einer solchen Politik, die die Verhältnisse von heute auf morgen ändern will, wohl zu schätzen; ebenso sind wir weit davon entfernt, nun zu glauben, daß die Durchführung der von uns geplanten Maßregel nun von heute auf morgen den Zugang erheblich vergrößern würde. Wir wollen lediglich die Voraussetzungen für eine günstige Entwicklung schaffen, wir wollen nicht mehr aufgeben, daß Verhältnisse bestehen, die den Zugang erschweren, und wir wollen, wenn teils infolge unserer Maßregeln, teils infolge der Beseitigung der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt, wieder eine höhere Konzentration eintritt, für die Anforderungen dieser Konzentration gesichert sein durch einen Grundbesitzmarkt, der zur Aufnahme Zusiedler bereit ist wie der derzeitige. Geht es unter diesen Umständen der Auffassung geben, die die ganze Frage vielleicht besser gelöst werden würde durch Eingemeindungen, von denen sich manche eine bessere Befriedigung des gesamten wirtschaftlichen Lebens versprechen. Die Vertreter dieser Auffassung dürfen aber nicht vergessen, daß

die Eingemeindungsfrage große Schwierigkeiten in sich birgt, Schwierigkeiten, die ja nicht in uns allein liegen, sondern auch in der die Annäherung auf diesem Gebiete sehr erschwerenden Auflösung so mancher Vororte, diese Eingemeindungsfrage ist lediglich als ein Gesichtspunkt zur Berücksichtigung der Steuern zu betrachten; ich denke nicht daran, mich über die Eingemeindungsfrage in öffentlicher Sitzung zu äußern; ich kann nur sagen, daß sie ernstlich geprüft wird. Mag es aber mit der Eingemeindungsfrage geben, wie es will, umfassen ist die Arbeit, die vor uns nun gestellt haben, nicht; sie besteht darin, wenn eingemeindet wird und sie bleibt erst noch ihren Wert, wenn es nicht dazu kommen sollte. Meine Herren, die Frage

der Befriedigung des Grund und Bodens ist eine Frage des öffentlichen Interesses, wie sie hervorgerufen gar nicht gedacht werden kann. Ich nehme ein starkes persönliches Interesse an dieser Frage und würde mich freuen, wenn Sie sich aus meinen Ausführungen überzeugen wollten, daß der Magistrat, der ja mit Ihrer Zustimmung vor kurzem Herrn Geheimrat Stübgen zur Bearbeitung des Generalbebauungsplanes der Stadt gewonnen hat, ernstlich beabsichtigt ist, in dieser Frage alles zu tun, was in seiner Macht liegt. Ich bin mir der Schwierigkeiten der Lösung dieser Frage nur zu bewußt, glaube aber, daß bei gemeinsamer entgegenkommender Arbeit von Stadt, Stadt und den Grundbesitzern sich eine befriedigende Lösung finden läßt; ich glaube der Kommission wie der Öffentlichkeit diese Direktive und Aufforderung schuldig zu sein und würde dankbar sein, wenn die Herren Stadtverordneten ihr bereits diese Direktive durch Äußerung ihrer Meinungen gutgeheißen hätten. (Beifall.)

Nach zustimmenden Äußerungen der Stadtverordneten Hartmann und Demmer wurde der Wahlauschuss beauftragt, der Versammlung Vorschläge über die Bildung der gemischten Kommission zu unterbreiten.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Der „Westliche Bezirksverein“ und die Stadtverordnetenversammlung. Wir erhalten vom Vorstand vorgenannten Vereins folgenden Bericht: In der letzten Vorstandssitzung des „Westlichen Bezirksvereins“ beschäftigte man sich unter anderem auch mit dem Ausfall der Stadtverordnetenwahlen und bedauerte allgemein, daß die Wiederwahl der Herren Beder und Schröder nicht erfolgt ist, da beide nicht nur die Interessen des Westens, sondern auch die der Allgemeinheit stets aufs eifrigste und gewissenhafteste vertreten. Dazu ging die kleine Gruppe von Handlungsgehilfen, welche das Wahlergebnis herbeigeführt hat, von ganz falscher Voraussetzung aus. Herr Schröder steht nämlich auf demselben Standpunkt, den Herr Fehmer in der Presse als den seinigen bezeichnete. In der Stadtverordnetenversammlung, in welcher die Sonntagsruhe zur Verhandlung stand, äußerte derselbe, daß er den Wunsch der Handlungsgehilfen nach einem freien Sonntag an sich durchaus verständlich und berechtigt finde, was ihn aber nicht abhalten konnte, auf die Schwierigkeit hinzuweisen, welche der Einführung einer vollständigen Sonntagsruhe durch § 41a der Gewerbeordnung entgegenstehe. Derselbe bestimmte nämlich, daß auch die selbständigen Ladeninhaber und Gewerbetreibenden nicht verlaufen, beginn nicht arbeiten dürfen, wenn für die Gehilfen die Sonntagsarbeit beseitigt wird. Nun gibt es unter den ersten aber doch viele, welche gerade am Sonntag ihr bestes Geschäft machen und nach ruhigen Wochentagen das Sonntagsgeschäft sehr lebhaft herbeiwünschen, weil sie es nicht entbehren können, um sich über Wasser zu halten. Nach weiteren Ausführungen schloß dann Schröder wörtlich: „Also, gebe man den Gehilfen den Sonntag ganz frei, lasse aber die Selbständigen, welche arbeiten wollen und müssen, ruhig arbeiten.“ Die wenigen Stimmen, welche von den in Betracht kommenden Handlungsgehilfen abgegeben wurden, brachten die beiden Herren nicht zum Durchfall, dieser geschah nur durch die infolge des neuen Wahlgesetzes erfolgte Vertiefung vieler Wähler, die erst nach erfolgter Wahl ihren Partum merkten oder darauf aufmerksam gemacht werden mußten. Wäre nicht gerade am Tag vor der Wahl der zweiten Klasse Feiertag gewesen, an dem Zeitungen, Flugblätter und Wahlzettel nicht gedruckt werden konnten, so wäre es der Wahlkommission des Vereins durch Verhandlungen mit den Parteivorständen wohl sicher gelungen, wenigstens Herrn Schröder nachträglich auf den Wahlzettel der zweiten Klasse zu bringen. Bei der Verzichtleistung desselben bei Beamten, Lehrern und Gewerbetreibenden wäre an seiner Wahl nicht zu zweifeln gewesen. Von der selbständigen Auffassung eines Zettels glaubte die Kommission absehen zu müssen, da sie sich durch das bei den Verhandlungen gegebene Ehrenwort, den gemeinsam aufgestellten Wahlzettel auch zu unterstützen, gebunden fühlte. Aber jetzt schon hat der Vorstand beschlossen, nach zwei Jahren alles aufzugeben, um die Wiederwahl seiner jetzt unterlegenen Vertreter durchzuführen. — Nicht unerwähnt soll bleiben, daß an dem Ausfall der Wahlen auch die geringe Beteiligung der bürgerlichen Wähler infolge der ungünstigen Lage der Wahllokale schuld trug. Wurde durch dieselbe doch gerade den Wählern, welche mit ihrer Zeit sehr zu rechnen haben, oft Wege bis zu den entferntesten Stadtteilen zugemutet, so daß sie lieber verzichteten, sich an der Wahl zu beteiligen. Möge man darum wieder zu dem früheren Brauch zurückkehren, die Wahllokale in die Mitte der Stadt zu legen und die Wahl der dritten Klasse, wenn nötig, auf mehrere Tage zu verteilen. C.

Die Post vor Weihnachten. Am Sonntag, den 21. Dezember, sind geöffnet: 1. beim Postamt 1 (Rheinstraße 23/25) die Postkassette von 8 bis 9 Uhr vormittags und von 11½ Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags wie an anderen Sonntagen; außerdem der Schalter für ständige Abholer zur Ausgabe der Paketadressen, sowie die Schalter der Paketannahme und -Ausgabe Luisenstraße 10/12 von 9 Uhr vormittags bis 11½ Uhr vormittags und von 1 bis 8 Uhr nachmittags; 2. bei den Postämtern 2 (Schützenhofstraße 3), 3 (Wilmarsring 27), 4 (Luisenstraße 1) die Paketannahmeschalter von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags. Telegramme und Gesprächsanmeldungen werden am 21. Dezember nur bei dem Telephonamt angenommen.

Der Bahnhofsdienst in Wiesbaden war bekanntlich feierlich Gegenstand einer Eingabe der hiesigen Bahnhofsgesellschaft an die Königl. Eisenbahndirektion in Mainz. Es wurde der Zutritt der Postdiener zur Bahnhofshalle gefordert, von der Behörde aber abgelehnt. Auch der Vorstand der „Hotel- und Gastwirteinnung“ hatte sich an der Petition beteiligt. Nun hat die hiesige Verwaltungsstelle des Verbands sich an die Stadtverordneten-Versammlung gewandt mit dem Ersuchen, die Stadt möge für geeignete Unterführungen am Hauptbahnhof sorgen. In der Eingabe wird wiederum darauf hingewiesen, daß den Leuten, zum größten Teil Bürger der Stadt, verboten sei, während ihrer Tätigkeit auf dem freien Platz vor dem Hauptbahnhof aufzuhalten und auf die Witterungsverhältnisse werde dabei keinerlei Rücksicht genommen. Hätte einer von ihnen bei starkem Regenwetter im Hauptbahnhof Schutz gesucht, sei er polizeilich bestraft worden ufm.

Altcrnabend. Das Arbeitsamt veranstaltet am Sonntag, den 7. Dezember d. J., seinen zweiten Alternabend, der vorzugsweise zur Beratung der Berufswahl für Mädchen bestimmt ist. Derselbe findet um 5 Uhr nachmittags in der Aula der Gewerbeschule, Weststraße 88, statt. Es werden sprechen: Fräulein S. Auerbach über die kaufmännischen Berufe, Fräulein A. Traulsen über die gewerblichen Be-

rufe, Herr Pfarrer Dr. Hüfner über die hauswirtschaftlichen Berufe. Alle Eltern, deren Töchter zu Eltern die Schule verlassen, sowie die jungen Mädchen selbst sind dazu eingeladen.

Waldmanns Ende. Wir erhalten nachstehende Zuschrift: Sie bringen in der Nummer 561, Morgen-Ausgabe, 1. Blatt vom 2. Dezember Ihrer Zeitung, unter der Spitzmarke: „Waldmanns Ende“, einen Artikel, worin ich bezichtigt werde, „ich hätte einen wertvollen Jagdhund an mich gelockt, mit einem Beil totgeschlagen, abgezogen und zerfleischt; ferner wäre festgestellt worden, daß ich mir das Beil von einem Wohnungsnachbarn entliehen und blutbefleckt wieder zurückgegeben hätte.“ Diese Angaben, die anscheinend von der Polizei stammen, entbehren jeder tatsächlichen Unterlage. Wahr ist, daß ich polizeilich festgenommen und einen Tag später dem Richter vorgeführt, aber nach meiner Vernehmung sofort wieder entlassen worden bin. Trotzdem die Polizei nunmehr erneut Ermittlungen anstellte und meine Verhaftung und Vorführung anordnete, fand der Richter keinen Grund zu meiner Verhaftung. Es dürfte dem Richter zur Einsicht gekommen sein, daß die Polizei auf falscher Fährte ist. Karl Behrich, Hellmuthstraße 42.

Personal-Nachrichten. Angenommen zum Telegraphen-Gehehilfen. Kranz in Wiesbaden. — Postsekretär Deuch ist von Frankfurt nach Wiesbaden versetzt. — Postassistent Ad. Müller ist freiwillig ausgeschieden.

Tagblatt-Sammlungen. Dem Tagblatt-Verlag gingen an: Für verschämte Arme: von Holland 5 M., für den Kinderhort: von S. C. 5 M., von C. G. 2 M., von Hartmann v. S. 10 M., von Frau v. G. 5 M., von C. D. 5 M. — Für die Kinderbewahranstalt: von C. D. 5 M., von Frau v. G. 5 M., von Hartmann v. S. 5 M., von A. J. 3 M. — Für die Wiesbadener Kasse: von C. D. 5 M., von A. J. 3 M., von C. G. 2 M., von C. D. 5 M., von A. J. 3 M. — Für die Armen-Ausgaben: von C. D. 5 M., von A. J. 3 M., von C. G. 2 M., von C. D. 5 M., von A. J. 3 M. — Für das Verpflegungsbüro für alle Leute: von A. J. 3 M., von C. G. 2 M., von C. D. 5 M., von A. J. 3 M. — Für das Strümpfwerk: von A. J. 3 M., von C. G. 2 M., von C. D. 5 M., von A. J. 3 M.

Patentverträge, mitgeteilt vom Patent- und Techn. Bureau Konrad & Söhne in Mainz. Patentanmeldungen: Verfahren zum Betrieb von geschlossenen Kälteanlagen, bei denen der Kältemittel füllig unterteilt wird; Karl Semmler, Wiesbaden, Kaiserstraße 20. Verfahren zur Reinigung von Anstrichmischungen; Heinrich Frings jr., Elbville. Gebrauchsmuster-Eintragen: Geldrollenhalter; Karl Schandau, Friedrich a. M. Sicherheitspatronen mit auswechselbaren Schmelzeinsätzen; Jean Müller, Elbville a. M. Kriech- und Stochwinge mit auswechselbarer Feder; Wilhelm Weingärtner, Wiesbaden, Kleine Kirchstraße 3. In ein Bett oder Sessel vermittelbares Chaiselongue; Alois Mah, Wiesbaden, Mauerstraße 8.

Theater, Kunst, Vorträge.

* Königl. Schauspieler. Die Reisenfolge der Monnenschauspieler für die nächste Woche ist folgende: Sonntag D. Montag B. Dienstag D. Mittwoch A. Donnerstag C. Freitag D. Samstag B. Sonntag C. Montag Sinfonietonzer. — Eine Nacht in Venedig von Johann Strauß geht am kommenden Sonntag unter der musikalischen Leitung des Kapellmeisters Rother zum erstenmal in Szene. Die Regie führt Oberregisseur Rebus (Abonnement D). In den Hauptrollen sind die Damen Sommer, Doppelbauer, Krämer und Schröder-Hannisch sowie die Herren Andriano, Hermann, Lichtenstein, Scherer, Regal, Neßler und Schneeweiß beschäftigt. Der choreographische Teil ist von der Balletmeisterin Frä. Kabanowa eintudiert. Morgen Samstag „Der fliegende Holländer“; in der Titelrolle wird Harry de Garmo vom Stadttheater in Düsseldorf sein Engagementsspiel beenden. Für Sonntagnachmittag um 2½ Uhr findet die Aufführung bei Volkpreisen von „Die Frau von Messina“ statt.

* Wiesbadener Künstler auswärts. Konzertmeister A. H. mus aus Baden-Baden erhielt gelegentlich eines Solistenkonzertes glänzende Kritik. Die Presse lobt seinen schönen Ton, seine treffliche Technik, die musikalische Sicherheit, klare Phantasie und warmen Vortrag. Der junge Künstler errang stürmischen Beifall durch sein Violinspiel. — Kammerfänger Einar Forchhammer, der, wie wir mitteilen, in Frankfurt a. M. einen Partitur-Rezitationsabend veranstaltete, erwarb dort großen Erfolg. Sowohl die „Frankf. Rtg.“ wie auch der „Gen. An.“ äußerten sich sehr lobend über den Künstler. Herr Forchhammer soll die Absicht haben, dieselbe Rezitation auch hier mit Musik abzugeben.

* Konzert. Das vom Arbeitergesangsverein „Freundschaft“ veranstaltete Konzert fand unter reger Beteiligung des Publikums am Sonntag im Paulinenschen Saal statt. Hatte der Verein im vorigen Jahre mit einer gelungenen Mendelssohnfeier schon beachtenswerte Proben ersten Strebens und tüchtigen Könnens gegeben, so brachte er diesmal eine Aufführung aufzuheben, die mandem Gesangsverein mit musikalisch ausgebildeten Mitgliedern zur Ehre gereichen würde. So sangen die Choristen in der ersten und zweiten Abteilung mit großer Sicherheit und Harmonie. Das Programm verzweigte sich in einen Männerchor („Vom Meer“ von Bruch) und für gemischten Chor, Sopran-Solo und Orchester die Kantate „Miriam's Siegesgesang“ von Fr. Schube. Die Solopartie sang Frä. Clausen, eine stimmbegabte Schülerin von Frau Berlett. Die Klavierbegleitung hatte der Vereinsdirigent Herr Schwanke zu einer farbenreichen Orchesterbegleitung mit hundert Hand umgearbeitet. Die Zuhörer konnten sowohl den sangstrebigen Chor als auch im besonderen Herrn Schwanke, der sich auch in den beiden Orchesterstücken als zum Dirigieren außerordentlich qualifiziert erwies für reiche Mitwirkung den lebhaftesten Beifall.

* Vorträge über Kunst und Plastik. Bildhauer Röper sprach in seinem achten Vortrag am letzten Donnerstag „Die Bronze als Material des Bildhauers“. Zunächst wurde die technische Seite des Gussverfahrens in den verschiedenen Phasen bis zur Fertigstellung eines Kunstwerkes geschildert. Im zweiten Teile des Vortrages wurden dann aus den physikalischen und optischen Eigenschaften der Bronze die Bedingungen abgeleitet, die für die materialgerechte Durchführung einer Bronzestatue maßgebend sind und wozu sich eine solche von Plakaten anderen Materials unterscheidet. — Der nächste Vortrag wird sich dem „Stein als Material“ zuwenden.

Dereins-Versammlungen.

* Der zweite Männer-Versprechungsabend, den die „Kirchlich-positive Vereinigung für Wiesbaden“ am vorigen Donnerstagabend im Gartenhof des Hotels Bogel (Rheinstraße 27) veranstaltete, war vorzüglich besucht. Herr Dr. Weidt gab zuerst einen Überblick über die hauptsächlichsten Vorkommnisse auf kirchenpolitischen Gebiet innerhalb der letzten Wochen. Herr Dr. Weidt sprach darauf über das Thema: Welche Bedeutung hat der Glaube an das Jenseits für die soziale Arbeit? Das Hauptgewicht des Vortrages lag auf dem Nachweis, daß auch der Diesseitig-glaube, wie er sich vornehmlich in der Diesseitigkeitstimmung der modernen Zeit darstellt, ein Glaube, ein Doffen ist, das keineswegs leichter zu überwinden ist, als der christliche Jenseitsglaube. Im Gegenteil, die schwächste Stelle der Diesseitigkeitstimmung liegt darin, daß die Einzelpersonlichkeit mit ihrem Leben und Goffen nichts zu bieten hat. Hier steht aber der christliche Jenseitsglaube mit der Verheißung der Erlösung der gebundenen Einzelpersonlichkeit ein und führt zu der wunderbaren Aussicht, daß eine Vollenbung der Persönlichkeit im vollendeten Reich Gottes kommt. Und gerade

diese Aussicht treibt gewaltig zur Entfaltung sozialer Arbeit. Denn der christliche Jenseitsglaube konzentriert den Menschen auf sein innerstes Leben, macht opferfreudig und macht lebensfreudig. Diese Grundgedanken des Vortrages führte die lebhafteste Diskussion in guter Ergänzung auf dem Gebiet der sozialen Betätigung nach spezieller aus. — Am Donnerstag, den 11. Dezember, wird Herr Dr. Weidt in demselben Lokal sprechen über „Verhältnisse und Pflichten der evangelischen Männerwelt“.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

88. Erbenheim, 4. Dezember. Da die Willegung zur Verteilung der Rüsse öfters in einer Weise geschehen ist, daß auch andere Tiere das Gift annehmen konnten, ist das Auskreiten auf das Feld unstatthaft und muß künftig direkt in den Auefeldern und in der Rasteler Gemarkung mittels Begethoren geleitet werden. — Kommen den Sonntag hält der „Evangelische Kirchengesangs-Verein“ sein Konzert im Saalbau „Zum Löwen“ (Witwe Marg. Noos). Acht Chöre, Orgel, Violine und zwei Theaterstücke gelangen zum Vortrag. — Die am 1. Dezember d. J. im hiesigen Orte vorgenommene Zählung des Viehbestandes und der Obstbäume hat einen Bestand von 310 Pferden, 1036 Stück Rindvieh, 1 Schaf, 2181 Schweinen, 84 Fiegen und 1429 Obstbäumen ergeben. Die Zahl der Schweine ist gegen die letzte Zählung bedeutend gestiegen. — Bei dem Treibjagen, das Rentner Fris Con in der Gemarkung Nordenstadt abhielt, wurden 427 Hasen zur Strecke gebracht. — Auch in diesem Herbst hat man mit den Klebgürteln an den Obstbäumen wieder gute Erfolge erzielt. — Die konnte man über 100 Prospanner an den Stämmen zählen. Da, wo der Reim getrocknet ist, lohnt es sich der Mühe, ihn nochmals aufzutragen.

88. Erbenheim, 5. Dezember. Gestern abend wurde ein älterer hiesiger Kaufmann, der sich auf der Wanderschaft befand, wegen unfertig in unserem Dorf aufgefunden. Da er im höchsten Grade an Lungenschwindsucht leidet, fand er Aufnahme in unserem Krankenhaus.

88. Aus dem Landkreis Wiesbaden, 4. Dezember. Nach einer Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten ist die Ernennung eines Kreisjugendpflegers bezw. einer „Pflegerin für unseren Landkreis in Aussicht genommen, der die Aufgabe haben wird, den Ortsausschüssen und Jugendpflegern Rat zu erteilen, Wettspiele und Kreisfeste zu arrangieren, Vorträge zu halten und bei allen Angelegenheiten der Jugendpflege als Sachverständiger und Vermittler in Tätigkeit zu treten. Diese Tätigkeit war bisher für den Kreis dem Rektor Harb in Erbenheim mit übertragen, doch soll der Jugendpfleger bezw. die „Pflegerin“ fortan im Kreis selbst wohnen, da den Angehörigen des Kreises die besonderen Verhältnisse desselben am besten bekannt sind. — Der Kgl. Kreisarzt Dr. Weidt-Wiesbaden ist bis einschl. den 8. d. M. beurlaubt. Sein Vertreter ist der Kgl. Kreisarzt Dr. Fr. Elbville.

Aus der Umgebung.

ht. Frankfurt a. M., 4. Dezember. Der Alterssenior des hiesigen lutherischen Predigerministeriums, Geheimrat Konrad Konrad Rappert, bezieht am 7. Dezember sein 40jähriges Jubiläum im Dienste der evangelischen Landeskirche.

Frankfurt a. M., 5. Dezember. Ein Lotteriegewinn wurde von einem Lotteriekollekteur auf ein Los ausbezahlt, nachdem der Kollekteur Los und Gewinnliste verglichen hatte. Nachträglich stellte er aber fest, daß das Los nicht neuesten Datums ist, sondern aus dem Jahre 1911 stammt.

Hedderheim, 5. Dezember. Ein seltenes Jubiläum kann dieser Tage Herr Karl A. W. Hartmann feiern. Am 12. Dezember sind es 50 Jahre, daß er als Seelsorger in der Gemeinde Hedderheim tätig ist. Als Sohn eines Pfarrers am 22. März 1841 zu Nassau an der Bahn geboren, studierte er nach Abolvierung des Gymnasiums in Weiburg von 1860 bis 1862 in Bonn und Gießen Theologie. Nach bestandem Staatsexamen ernannte ihn am 12. Dezember 1863 Herzog Adolf von Nassau zum Kaplan in Hedderheim und zum Ortschulinspektor über die Schulen. Im Jahre 1870 wurde er zum ersten evangelischen Pfarrer ernannt und bis heute hat Pfarrer Hartmann dieses Amt ununterbrochen verwaltet.

Sport und Spiel.

* Pferderennen zu Saint-Ouen, 5. Dezember. Prix du Velay. 3000 Franken. 1. L. Frédéric-Moreaux Chateau 2 (Ritchie), 2. Staliger, 3. Agarias. 314:10; 84, 20, 63:10. — Prix de l'Arche. 3000 Franken. 1. Ch. Brastel's Albe (Gauche), 2. Welterlin, 3. Tarte au Pommes. 96:10; 28, 114, 38:10. — Prix des Cevennes. 3000 Franken. 1. A. Veil-Picard's Valeria (Powers), 2. Zadarie, 3. Hugo. 17:10; 12, 34:10. — Prix du Gard. 5000 Franken. 1. Comte Louis de la Motte 2 (Lassus), 2. Pils du Ciel, 3. Burwood. 70:10; 42, 32, 31:10. — Prix du Lauragais. 6000 Franken. 1. L. de Paula Machados Ramage (Drayton), 2. Onagan, 3. Jozeus 5. 61:10; 19, 26, 13:10. — Prix du Gier. 5000 Franken. 1. Usurier (J. Williams), 2. Rosette, 3. Roussier. 119:10; 35, 41, 35:10.

* „Das Badener Land im Winter.“ Der Badische Landesverband zur Hebung des Fremdenverkehrs mit Sitz in Karlsruhe hat unter diesem Titel eine sehr überaus interessante Broschüre herausgegeben, in welcher die sämtlichen Winterfahrpläne Badens so geschildert sind, daß man an der Hand dieses Büchleins frohliche Schneefahrten in den für den Winterbort so sehr geeigneten Gebieten des badischen Schwarzwaldes unternehmen kann. Einzelne besonders schöne Ski-Touren sind in ausführlicher Weise geschildert. Das Büchlein kann kostenlos vom Badischen Landesverband zur Hebung des Fremdenverkehrs bezogen werden.

Neues aus aller Welt.

Berliner Unschuld. Berlin, 4. Dezember. Ein erst am Dienstag aus dem Buchladen entlassener Kaufmann bei at gestern abend ein Geschäft in der Schützenstraße, rih einen überheblichen Regal und ergriff die Flucht. Der Buchhändler Frä. Hnert, der den Vorfall bemerkt hatte, machte sich an die Verfolgung des Diebes. Dieser wandte sich plötzlich um, zog einen Dolch hervor und schlug seinem Verfolger tief in den Rücken. Inzwischen hatten sich mehrere Passanten angesammelt, die ein Wunder geschah an dem Diebe vornahmen. Polizeibeamte, die hinzukamen, befreiten den Verletzten von der wütenden Menge. Mit Mui überströmte von der Gelmichte und der Hnert zur nächsten Hauptwache gebracht.

Sturmbedrohung eines Funkensturms. Hannover, 5. Dezember. Durch einen schweren Sturm wurde gestern der Funkensturm im toten Moore bei Elmsee so schwer bedrängt, daß der drablose See sehr mit Amerika brennend bier Wochen unterbrochen wird.

Todeskurz einer Axtknechtin aus dem vierten Stadtwert. Berlin, 4. Dezember. Durch einen Sprung aus dem vierten Stadtwert nahm sich gestern abend die 50 Jahre alte Witwe Emilie Scholler in der Starogarder Straße 64 das Leben. Die Frau litt unter den Beschwerden des Alters und äußerte wiederholt, daß sie ihrem Leben freiwillig ein Ende machen wolle. Gegen 6 Uhr sprang sie gestern aus ihrem Fenster auf den Hof hinab und blieb dort mit ge-

schmettertem Kopf bestimmunglos liegen. Nach einigen Minuten

Eine französisch-belgische Kauferei. Paris, 5. Dezember. In einem Wirtshause zu Sens kam es zwischen belgischen und französischen Verkäuferinnen zu einer argen Kauferei, während deren eine Frau durch einen Messerstoß getötet und ein französischer Arbeiter sowie eine andere Frau schwer verletzt wurden.

Ein Seeboden. Marseille, 5. Dezember. Der Kapitän Combin von dem französischen Dampfer „Lotus“ berichtet, daß sein Schiff am Montag, als es durch die Straße von Messina fuhr, infolge eines Seebodens heftig umgeworfen wurde, so daß unter den Passagieren eine Panik ausbrach. Das Seeboden hielt einige Sekunden an. Man glaubt, daß es sich um das selbe Seeboden handelt, das auch aus Messina und von der italienischen Küste gemeldet wird.

Gemeinsamer Selbstmord eines Ehepaares. Paris, 5. Dezember. Wie aus Toulon gemeldet wird, wurden des Gestern aus der Meise zwei Leichen gezogen, die als die des Steuerführers Baudouin aus Baudouville und dessen Frau erkannt wurden. Nach den hinterlassenen Papieren liegt Selbstmord vor.

Die Pest. Uraist, 4. Dezember. Nach ergänzten Meldungen kamen am 1. und 2. Dezember in sechs Pestherden 43 Erkrankungen vor, von denen 41 tödlich verliefen.

Deutscher Reichstag.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Berlin, 5. Dezember. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblattes“.) Die Reichstagsverhandlungen verliefen ziemlich matt. Es scheint, daß die Spannung der letzten beiden Tage das Interesse ziemlich stark absorbiert hat. Im Saale waren heute die meisten Bänke leer. Der Begründer der Interpellation über die Arbeitslosigkeit, der Sozialdemokrat Silber- schmidt, sprach recht sachlich und hielt sich von Exzessen durchaus fern. Er betonte die ganze Schwierigkeit und die Notlagen, in der sich die Arbeitslosen befinden und verlangte schließlich ein Eintreten des Reiches. Staatssekretär Dr. Delbrück sprach formell sehr geschickt, auch etwas verbindlich. Er behandelte die Frage nach allen Seiten mit großem Sachverständnis, verhielt sich aber bezüglich der Frage der Reichs- arbeitslosenversicherung durchaus ablehnend. Seine Gründe waren aber durchaus nicht stichhaltig; er operierte zum Teil mit dem Grunde, daß die Arbeits- losenversicherung nur die Simulation verstärken werde. Bemerkenswert war dabei, daß er zugab, daß England in Bezug auf die Versicherungsfragen uns in den letzten Jahren überholt hätte. Das einzige, was er zur Milde- rung der Arbeitslosigkeit beifürwortete war, eine Aus- dehnung der Arbeitsnachweise, für die auch das Reich etwas mehr Mittel eingestellt hat. Aus dem Hause heraus wurde die Frage der Arbeitslosenver- sicherung auch von den bürgerlichen Abgeordneten sehr sympathisch behandelt, nicht nur von dem freisinnigen Abgeordneten Weinhausen, der sehr entschieden dafür eintrat, sondern auch von dem Zentrumsabgeord- neten Giesberts und dem Nationalliberalen Dr. Duard-Coburg. Direkt ablehnend verhielt sich nur die konservativen Parteien. Im ganzen wird leider die Debatte nur ein recht geringes positives Ergebnis haben, es sei denn, daß vielleicht die Gemeinden oder auch die Regierungen von neuem die Anregung be- kommen, gewisse Arbeiten in die jetzige Zeit der schlechten Konjunktur zu verlegen.

Sitzungsbericht.

(Fortsetzung des Sitzungsberichts in der gestrigen Abend-Ausgabe.)

Berlin, 5. Dezember.

Die sozialdemokratische Arbeitslosen- Interpellation.

Abg. Silberschmidt (Soz.) fortsetzend: In der Haupt- sache trägt die Wirtschaftspolitik die Schuld an den Zuständen. Die Steuerpolitik des Reiches verteuert die Lebensmittel und belastet Unternehmer wie Arbeiter. Das Reich muß dafür sorgen, daß die Arbeiter in ihrem Alter nicht verlassen sind und Not leiden. Die Arbeitslosenunterstützungen der Arbeit- losenorganisationen schwächen ungeheuer an. Um den über- wunden der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, müssen alle öffentlichen Körperschaften die in Aussicht genommene Arbeit- schenkmittel in Angriff nehmen. Die Reichsregierung mühte den Gemeinden und Staaten hierin möglichst zur Hand gehen, und diejenigen Staaten und Gemeinden, die eine Arbeits- losenversicherung in die Wege geleitet haben, mit Geldmitteln unterstützen. Wir fordern die Arbeitslosenunterstützung in der Gestalt, daß die gegenwärtig bestehenden Arbeiterorgani- sationen die Versicherungsträger sind. Hierzu muß die Reie- rung ihr prinzipielles Einverständnis erklären. Wie stellt sich überhaupt die Regierung zu der im Frühjahr beschlossenen Resolution? Entweder muß die Regierung uns einen Ent- wurf vorlegen oder der Reichstag von sich aus ein Initiativ- geset einbringen. Wir erhoffen von der Regierung eine zu- sagende Antwort. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihre unerfreulichen und bedenklichen Begleiterscheinungen gehören zu den ungelösten Problemen, die die wirtschaftliche und in- dustrielle Entwicklung der modernen Kultur vorgezeichnet hat, ungelöst, nicht weil uns das Verständnis und der gute Wille fehlt, sondern wegen der in der Sache liegenden Schwierig- keiten, und weil sie zur Lösung noch nicht reif sind.

Parlament und Stadtvertretungen zerbrehen sich seit einem Menschenalter den Kopf, wie man der Arbeitslosigkeit beikommen kann.

Ein hares Bild über die Verhältnisse des Arbeitsmarktes zu gewinnen, ist überaus schwer. Es fehlen uns dazu die nötigen statistischen Unterlagen. Was ich in diesem Be- ziehung zur Verfügung habe, habe ich in einem Heft zu- sammengestellt in Ihre Hände gelangen lassen. Die Zahlung der Gewerkschaften bietet kein richtiges Bild, nicht etwa weil sie nicht gewissenhaft vorgenommen wäre, sondern weil sie nicht alle Arbeiter umfaßt, insbesondere die nicht- organisierten Arbeiter nicht in Betracht zieht. Eine Mög- lichkeit bietet die Zahlung der Arbeitsnachweise. Es liegen aber nur Nachweisungen von 800 Nachweisen vor, während wir in Deutschland rund 2000 haben. Auch diese Zahlen ergeben, daß das Jahr 1912 besser war als 1913, daß aber 1913 immer noch günstiger ist als 1908 und 1909. Es zeigt sich somit die Be- fähigung einer leicht weichen Konjunktur.

Ein Notstand ist noch nicht zu erkennen, wenn auch in einzelnen Orten und in einzelnen Gewerbezweigen die Ver- hältnisse unerfreulicher sind.

Es muß in Betracht gezogen werden, daß Deutschland nicht so viele Arbeiter hat als es braucht. Im ganzen werden bei uns 800 000 Ausländer beschäftigt, und zwar nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie, und keineswegs allein in Ostelbien. Die Landwirtschaft ist auf ausländische Kräfte unbedingt angewiesen, mag dies auch noch so unerfreulich sein. Für die Tiefbauten sind einheimische Kräfte schwer zu bekommen; das habe ich bei dem Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals gesehen. Überschließen wäre nicht in der Lage, seinen Bergbau aufrechtzuerhalten ohne die Hin- zuziehung von Ausländern. Es ist deshalb nicht richtig, daß die ausländischen Arbeiter ins Land gezogen würden, um die Löhne zu drücken. Es handelt sich hier um ein Bedürfnis auf volkswirtschaftlichem Gebiete. Überdies stehen wir am Beginn des Winters, wo die Arbeitslosigkeit von jeher größer zu sein pflegt. Indessen fällt es mir nicht ein, zu prophezeien.

Die Lage auf dem Geldmarkt, die Reserven, die sich die Banken zur Erhöhung der Liquidität auferlegen, drücken ohne Zweifel auf den Markt.

Günstig dagegen wirkt die enorme Zunahme der Ausfuhr der deutschen Industrie. Der Rückgang der Konjunktur zeigt sich nämlich auch in anderen Ländern. Von einer Krise kann nicht die Rede sein, so daß ohne ein unmittelbares Eingreifen des Reiches die zunächst beteiligten Faktoren über die Schwie- rigkeiten der Situation hinwegkommen werden. Eine Ände- rung unserer Wirtschaftspolitik wäre nicht zu empfehlen, gerade im Interesse der Arbeiter liegt es, an der bis- herigen Wirtschaftspolitik festzuhalten. (Widerspruch bei den Soz.) Ich erkenne an, daß das Problem der Arbeitslosigkeit ein sehr ernstes ist, an dem kein Staats- mann und kein Volkswirt vorbeigehen darf. Abgesehen von dem natürlichen Mitleid, das jeder mit einem Arbeitslosen empfindet. Ich habe das alles erlebt und werde die Eindrücke nicht vergessen.

Die einzige Möglichkeit, zu helfen, ist die Schaffung günstiger Arbeitsgelegenheiten.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist ein Produkt der modernen Industrie und wirtschaftlichen Entwicklung. Durch die Organi- sation der Arbeitgeber sowohl wie der Arbeitnehmer ist aber das freie Spiel der Kräfte am Arbeitsmarkt ausgeschaltet. Er wird künstlich von den Organisationen beeinflusst. Darin liegt die Eigentümlichkeit unserer Arbeitslosigkeit, aber auch vielleicht ein Weg zu ihrer Bekämpfung. Die Gewerkschaften sind, da sie keinen Rechtsanspruch gewahren, berechtigt, ihre Mittel auf einen Teil der Arbeitslosen zu beschränken. Die Kommune gewährt daraufhin höhere Beiträge an Gewer- schaften und Versicherungsstellen, die indessen eine wirksame Abhilfe nicht haben schaffen können.

Ich meine das Renten System.

Nur die organisierten Arbeiter haben daraus einen Vorteil. Ich habe grundsätzliche Bedenken gegen die Bewilligung öffentlicher Mittel für Komparorganisationen. Das ist auch mein Hauptbedenken gegen den Anschluß einer Reichsversiche- rung an die Gewerkschaften. (Hört! Hört!) Zu den Schwierigkeiten dieser Arbeitslosenversicherung gehört auch die Schwierigkeit der Beistellung, wann die Versicherungspflicht eintritt. Die Tendenz, zu simulieren, ist zweifellos sehr stark. (Zuruf: Krankenversicherung.) Da ist etwas ganz anderes. Die Tatsache der Erkrankung läßt sich objektiv feststellen, ob aber jemand mit oder ohne Verschulden arbeitslos wird, ist außerordentlich schwer zu sagen. Dazu kommt, daß schon jezt 99 von 100 Arbeitslosen eine Beschäftigungsmöglichkeit ab- lehnen. (Widerspruch bei den Soz.) Darüber mache ich den Arbeitern gar keinen Vorwurf.

Daß ein Tagelöhner nicht gern Erdarbeiter wird und daß ein Innenarbeiter nicht bei 7 Grad Kälte die Schippe in die Hand nehmen kann, ist selbstverständlich.

Die Landwirtschaft hat immer noch Arbeitermangel, und die deutsche Industrie geht nicht dazu über, bei Arbeits- mangel ihre Betriebe zu schließen, um die Arbeiterschaft oder einen Teil derselben zu entlassen, sondern sie läßt eine Ver- zögerung der Arbeitslosigkeit eintreten. Das ist aus ethischen und wirtschaftlichen Gründen überaus nützlich und notwendig. Das würde aber bei einer Arbeitslosenversicherung zur- rück leicht anders werden. Die Arbeiter würden auf die Zuspätnahme der Versicherung hingewiesen werden.

Konsequenz ist ein enges Netz der Arbeitsnachweise, um den Umfang von Angebot und Nachfrage übersehen zu können. Ein Reichsarbeitsnachweis wäre nicht empfehlenswert. Es ist nicht richtig, daß uns das Ausland weit voran ist. Auch das Ausland befindet sich im Stadium der Unter- suchung in dieser Hinsicht. (Ruf: Deutschland in der Welt voran!) Gewiß, das waren wir auch bisher. Nur in neuester Zeit ist uns England etwas voran, dafür hat es aber keine Angebotsversicherung. Arbeitslosenversicherung haben außer England Norwegen, Dänemark, Zugenbung und die Schweiz, meist aber nur in beschränktem Umfang und in An- schließung an die Berufsversicherung. Das sind bloß beschei- dene Anfänge, mit denen Deutschland nicht beginnen kann. Eine allgemeine Arbeitslosenversicherung ist zurzeit noch nicht spruchreif. Selbst wenn sich die bestehenden grundsätzlichen und praktischen Bedenken gegen die Durchführbarkeit über- winden lassen sollten, ist an sie nicht zu denken, ehe Handel und Industrie, Handwerk und Landwirtschaft über die neuen Lasten und ihre Wirkung klar sehen.

Was zunächst geschehen muß, ist eine Vervollständigung der Statistik und Ausbau der Arbeitsnachweise.

In dieser Hinsicht sind die Vorbereitungen bereits im Gange. Ich werde dafür sorgen, daß das geschieht, was notwendig ist und der Sache förderlich sein kann. (Beifall bei der Mehr- heit. Rufe bei den Soz.: Ist das alles?)

Auf Antrag des Abg. Mollenhuth (Soz.) findet Be- sprechung der Interpellation statt.

Abg. Giesbert (Zentr.): Man darf sich nicht hinter Schwierigkeiten verschließen und nichts tun. Es muß versucht werden, die Arbeitslosigkeit selbst und namentlich die aus der Arbeitslosigkeit sich ergebende Not zu lindern.

Sobann muß eine genügende Anzahl von Arbeitsnachweisen geschaffen werden, diese finanziell sichergestellt und zu öffent- lich-rechtlichen Anstalten erhoben werden.

Arbeitslosenunterstützung darf nicht als Almosen angesehen werden. Der Redner wünscht zum Schluß einen Geseh- entwurf über die Arbeitslosenunterstützung. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Duard-Coburg (nall.): Für die drohende Wunde am Wirtschaftsleben muß Heilung gesucht werden.

Das Risiko der Arbeitslosigkeit muß möglichst eingeschränkt werden. Diesbezügliche Maßnahmen sind nicht der Wohl- tätigkeit überlassen. In der Hauptsache muß für eine gute, bessere Verteilung der Arbeit gesorgt werden. Die Arbeits- nachweise müssen ausgebaut werden. Wir bedauern, daß so wenig Positives aus der Rede des Staatssekretärs heraus- geklungen ist; das liegt aber an der Schwierigkeit der Materie. Die Kosten einer Arbeitslosenversicherung sind so ungeheuer, daß die Industrie sie nicht tragen können.

Hier ist erforderlich, den Organisationsgebanen der Gewer- schaften zu stärken. Ich begrüße die Subvention durch die Städte. Hoffentlich gelingt es der Regierung, einen geeig- neten Weg zur Lösung dieser schwierigen Frage zu finden. (Beifall.)

Abg. Weinhausen (Vpt.): Wenn wir uns des allen und verunglückten Arbeiters annehmen, so können wir auch für den Arbeiter, der das Unglück hat, seine Arbeitsstelle zu ver- lieren, etwas tun. Für die Beschaffung der Mittel zur Un- terstützung der Arbeiter bleibt schließlich nur übrig, daß die Klassen der Organisationen das Geld hergeben und das Reich einen Zuschuß leistet. Wir wollen jeden gang- baren Weg beschreiten, um aus dem jetzigen Zustand heraus- zukommen. (Beifall links.)

Abg. v. Garmar-Bierwisch (Kons.): Die Forderungen der Interpellation können von uns unterschrieben werden bis auf die Einführung der allgemeinen Arbeitslosenversicherung. Die Gefahren und Schäden der Arbeitslosigkeit gehen weit über die pekuniären Nachteile hinaus. Wer ohne Not seine Ar- beitsgelegenheit aufgibt, ist selbst dafür verantwortlich. Auch die kleinen selbständigen Existenzen müßten sichergestellt werden, da sie sich schlechter stellen als gut be- zahlte Arbeiter und jezt noch zur Versicherung beitragen sollten. (Beifall rechts.)

Abg. Warmuth (Reichsp.): Der Gedanke des Schutzes der Arbeiter vor Arbeitslosigkeit ist uns sympathisch. Eine allgemeine Arbeitslosenversicherung begehrt aber großen Schwierigkeiten.

Undurchführbar ist die Arbeitslosenversicherung für Saison- arbeiter und Streikende.

Unter einer Arbeitslosenversicherung würden alle anderen sozialen Einrichtungen Schaden leiden. Der Staat hat nicht die Aufgabe, seinen Bürgern die Sorge für die Zukunft zu nehmen. Das würde eine Verschlechterung des Volks- charakters und der Rasse nach sich ziehen. (Beifall rechts.)

Darauf wird ein Antrag auf Vertagung angenom- men. — Nächste Sitzung Samstag 10 Uhr. Fortsetzung und Interpellation, betr. Dienstbotenversicherung.

Abg. Graf Westarp (Kons.) bittet, die Tagesordnung um- zustellen, damit die Erledigung der zweiten Interpellation nicht bis nach Erledigung des Staats zurückschleift wird, zu- mal die Versicherung am 1. Januar in Kraft treten soll. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Abstimmung ergibt Ablehnung mit 109 gegen 97 Stimmen. Es bleibt demnach beim Vorschlag des Präsidenten. — Schluß 1/27 Uhr.

Die Lösung des Zabern-Konfliktes.

Sofortige Verlegung der Garnison Zabern.

Wb. Donaueschingen, 5. Dezember. Seine Majestät der Kaiser hatte für heute vormittag den Reichskanzler v. Beth- mann-Hollweg, den Statthalter Graf Wedel und den kom- mandierenden General v. Deimling nach Donaueschingen be- rufen, um weitere Vorträge zu den Vorgängen in Zabern entgegenzunehmen. Der Kaiser hat darauf bestimmt, daß die Garnison von Zabern bis auf weiteres auf den Truppen- übungsplatz verlegt und das schwebende schiedsgerichtliche Ver- fahren mit größter Beschleunigung geführt wird.

Oberst v. Reuter seines Amtes entsetzt.

** Zabern, 5. Dezember. Der hier zur Untersuchung weilende Generalmajor Kühn hat bis auf weiteres das Garnisonskommando übernommen. Das Kommando ist also einstweilen dem Obersten v. Reuter abgenommen worden.

Die Besprechung von Donaueschingen ein Erfolg des Statthalters.

** Straßburg, 5. Dezember. Wie der Korrespondent des „Welt. Tageblatts“ erzählt, hat Graf Wedel in der letzten Woche dem Kaiser seine Demission unterbreitet, die aber vom Kaiser damals nicht angenommen wurde. Graf Wedel ist daher entschlossen, seine Demission zu geben, falls nicht heute in Donaueschingen der Zivilverwal- tung volle Genugtuung gegeben wird. Wie man sicher vermutet, ist die heutige Konferenz in Donaueschingen auch auf das Betreiben des Statthalters, der sich des- wegen selbst an den Kaiser gewandt hat, zusammen- gerufen worden. Hierauf ist auch der Umstand in der getrigen Haltung des Reichskanzlers zurückzuführen. Der Kaiser hat sowohl der Zivil- als auch der Militärverwal- tung seinen höchsten Willen dahin kundgegeben, daß beide in Harmonie zusammenarbeiten und das Recht vor allem Geltung erhalten müßte. Wie das Wall in unter- richteten Kreisen weiter hört, wollte der Reichskanzler gestern auch einen völligen Umwandlung der Stimmung des Reichs- tags herbeiführen. Wenn ihm das aber nicht gelang, so sei daran nur seine eigene Ungeschicklichkeit schuld. Der Stat- thalter und General v. Deimling werden abends gegen 7 Uhr aus Donaueschingen zurück erwartet.

Die Meinung in Reichstagskreisen.

Berlin, 5. Dezember. (Eigener Bericht des „Wies- badener Tagblattes“.) In Reichstagskreisen glaubt man, daß Statthalter Graf Wedel bei der Besprechung in Donaues- chingen seine Demission erneuert hat, daß diese aber nicht angenommen wurde. Die Nachricht von der Ver- legung der Garnison Zabern hat in Reichstags- kreisen nicht befriedigt, und zwar weil durch diese Maßnahme zugleich auch die Stadt Zabern einen geschäft- lichen Schaden erleiden wird, wenn es freilich auch für die Offiziere eine gewisse Strafe bedeuten mag, jezt im Winter die Barackenlager beziehen zu müssen. Man nimmt an, daß bei der Statthalterhandlung der Reichskanzler von neuem schärf- angegriffen werden wird, weil man verlangen wird, daß mit dem System Deimling in Eliaß-Pöhringen einen aufgeräumt wird. Unter diesen Umständen steht man einen scharfen Zusammenstoß bei den Statthalterhandlungen voraus.

Beauftragung der Übernahme der Zaberner-Anlagen durch die Gemeinde Zabern.

* Braunschweig, 5. Dezember. Die „Braunschweiger Landeszeitung“ meldet aus Straßburg i. E.: Die Aufsichts- behörde hat den Beschluß des Zaberner Gemeinderats, die Kosten der Schadenserklärungen der verhafteten Zivilpersonen

Sprechstunde der Redaktion: 12 bis 1 Uhr; in der politischen Abteilung
von 10 bis 11 Uhr.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Statt-Haus geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Telefon:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6550-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobrief. — Bezugs-Beziehungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Zeitung“, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen des Reichs; in Berlin die „Wiesbadener Zeitung“ und in den benachbarten Ländern und im Rheingau die betreffenden „Wiesbadener“.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 25 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für kleine Kleinanzeigen; 2 Pfg. für auswärtige Kleinanzeigen. Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Vereinbarung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatte.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Teltower Str. 16, Fernspr. Amt Lützow 5788. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Stellen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Samstag, 6. Dezember 1913.

Abend-Ausgabe.

Nr. 570. • 61. Jahrgang.

Donaueschingen und Weiteres.

○ Berlin, 5. Dezember.

Die Besprechungen des Kaisers mit dem Reichskanzler, dem Grafen Wedel und dem General v. Deimling dauerten ungefähr zwei Stunden. Sie haben das erwartete Ergebnis gehabt. — Die einstweilige Verlegung des Regiments Nr. 99 von Zabern nach dem Truppenübungsplatz Hagenau bedeutet ein wertvolles Zugeständnis an die vom Reichskanzler und vom Grafen Wedel vertretene Anschauung. Der Kaiser hat die Gründe gebilligt, die von beiden Staatsmännern in der Richtung geltend gemacht wurden, daß die vom Kaiser erstrebte Harmonie zwischen den bürgerlichen und den militärischen Gewalten am zweckmäßigsten werde gesichert werden, wenn in Zabern selbst die unmittelbaren Anlässe zu Reibungen zwischen den Zivilbehörden und den militärischen Vorgesetzten beseitigt werden. Der Oberst v. Reuter ist seit heute vom Dienst suspendiert, Generalmajor Kühne, der zur Untersuchung der Angelegenheit nach Zabern entsendet worden ist, hat das Garnisonskommando auf Zeit übernommen. Die Verlegung des Regiments v. Forstner in eine andere Garnison steht bevor. Wenn der junge Leutnant noch in Zabern weilt, so geschieht es nur, weil man ihn für die angeordnete Verlegung der Durchführung der verschiedenen kriegsgerichtlichen Verfahren braucht, die sich u. a. auch gegen ihn selbst richten. Die vorläufige Verlegung des Regiments von Zabern wird die kleine Stadt, die von der starken Garnison große Vorteile hat, ziemlich empfindlich treffen, jedoch wird der Gedanke, als handle es sich dabei um eine Bestrafung, an hiesigen politischen Stellen sehr bestimmt abgelehnt. (Diese Frage gibt für die Beurteilung des in Donaueschingen „Erreichten“ sichtlich den Ausschlag.) In der Verlegung, wie unser Berliner Vertreter und gleich ihm auch andere Berliner Auktionen, z. B. in der „Frankfurter Ztg.“, es nach offizieller Mitteilung darstellten, nicht als Strafe für Zabern gehalten, sondern als beste Sicherheitsmaßregel, um zunächst Ruhe zu schaffen, dann wäre die Verlegung ein Zugeständnis der Militärbehörden. — (Das Zugeständnis der konservativen Blätter aber nicht wahrhaben!) — In anderen Fällen aber wäre die Verlegung ein Nachschub, der die Beurteilung des ganzen Falles in der Öffentlichkeit nur noch verschlimmern müßte. Wir wollen einstweilen glauben, was wir wünschen, und nehmen — entgegen den unten mitgeteilten Stimmen in der „Kreuzzeitung“ und „Post“ — an, daß die Verlegung allerdings „ein Nachgeben der Heeresverwaltung“ bedeutet. (Schrift.) Die Rückkehr des Regiments, und zwar voraussichtlich unter einem anderen Oberst, wird nach wenigen Monaten erfolgen, wenn erst die Ruhe völlig gesichert sein wird. Meldungen, nach denen der Statthalter in Donaueschingen seine Entlassung eingereicht habe, finden hier keine Bestätigung. Dem General v. Deimling hat der Kaiser wiederholt aufgegeben, für ein gutes Verhältnis zum Ministerium Sorge zu tragen. Es ist zu erwarten, aber es ist nicht gewiß, daß die Krise in den Reichsländern dauernd beigelegt sein wird. Was die größere Krise betrifft, in deren Mittelpunkt der Reichskanzler steht, so hängt ihre Beendigung von Faktoren ab, die sich im Augenblick keineswegs ganz übersehen lassen, und die sich in der Beilegung der Zaberner Angelegenheit selber nicht erschöpfen, obwohl es dem Kanzler offenbar gelungen ist, die schwersten Verwicklungen vorläufig zu lösen. Es wird sich zunächst zu zeigen haben, ob es möglich sein wird, das gestörte Verhältnis zum Reichstag wiederherzustellen und namentlich den schlimmen Schaden auszumachen, den das Auftreten des Kriegsministers verschuldet hat. Schon die kommende Woche wird die Gelegenheit bieten, die Probe auf die Geschicklichkeit des Herrn v. Bethmann-Hollweg in dieser Richtung zu machen. Die Aufnahme wird nicht leicht sein, von ihrer Lösung wird wohl auch das fernere Verhältnis des verantwortlichen Staatsmannes zum Kaiser abhängen. Dieser Lösung wird nun aber auch schon vorgearbeitet. Unterstaatssekretär Bahnschaffe hatte heute eine längere Unterredung mit Vertretern des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen (u. a. der Abg. v. Bayer und Dr. Spahn), in deren Verlauf er mitteilte, der Reichskanzler sei an beiden Tagen der Beratung der Interpellationen wegen der Vorgänge in Zabern körperlich stark indisponiert gewesen. Auf dieses schlechte körperliche Befinden des Kanzlers sei es u. a. auch zurückzuführen gewesen, daß er nur andeutungsweise von manchen Dingen gesprochen habe, die er sonst deutlicher gesagt haben würde. So habe er es z. B. unterlassen, mitzuteilen, daß bereits vor etwa acht Tagen

der Kaiser zwei Schreiben an den Reichskanzler und an den General Deimling gerichtet habe, in denen beiden übereinstimmend der Monarch seine Meinung dahin äußerte, daß die Militärbehörde sich durchaus im Rahmen des Gesetzes zu halten habe und im Kontakt mit den Zivilbehörden handeln müßte. In dem Schreiben an den General Deimling sei diesem ausdrücklich befohlen worden, einen General von konziliantem Wesen zur Untersuchung nach Zabern zu schicken, dessen Aufgabe es sei, die Verbindung mit den bürgerlichen Gewalten wieder herzustellen. Unterstaatssekretär Bahnschaffe teilte mit, daß binnen kurzem eine offizielle Veröffentlichung erfolgen werde, die seine Angaben bestätige. Die Mitteilungen des Herrn Bahnschaffe machten, wie selbstverständlich, ihren Eindruck.

In Leutnant v. Forstners Nichtverlegung

wird uns von einem inaktiven Offizier noch geschrieben: Leutnant v. Forstners Nichtverlegung ist um so unbegreiflicher, als sie so leicht hätte ins Werk gesetzt werden können, worauf merkwürdigerweise noch niemand aufmerksam gemacht hat.

Das 3. Bataillon des Regiments Nr. 99 steht in Pfalzburg. Es bedurfte nur eines einfachen Befehls des Regimentskommandos, daß Leutnant v. Forstner zum 3. Bataillon versetzt werde, und dieser konnte mit dem nächsten Zuge verschwinden, ganz unbeschadet der Durchführung der Untersuchung gegen ihn, da er dort ebenso erreichbar war wie in Zabern.

Also keinerlei Mitwirkung des Militärcabinetts oder einer höheren Befehlshörigkeit hätte es bedurft, das Regimentskommando ist zuständig, um die Entfernung v. Forstners aus Zabern in wenigen Stunden und damit die Beruhigung der Gemüter in Zabern herbeizuführen. Dieser Umstand legt um so mehr die Vermutung nahe, daß das Regimentskommando von oben scharf gemacht wurde in dem Sinne, nicht eine Spur militärischen Prestiges durch Zurückweichen aufzugeben, eine Auffassung, die uns geradezu als unverständlich anmutet.

Übrigens wird uns mittlerweile aus Kreisen, die dem früher in Zabern garnisonierenden Jägerbataillon und demselben Truppenteil wie Forstner angehörten, bestätigt, daß das Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Militär im Städtchen und auf den nahen Dörfern ein geradezu vorzügliches und herzliches gewesen ist, so daß diesen Mitgliefern der Armee die jetzige Spannung unverständlich ist.

Die Besprechung von Donaueschingen.

Eine offizielle Verlautbarung.

„Köln, 5. Dezember. Der Berliner Korrespondent der „Kölnischen Ztg.“ meldet seinem Blatt: Es wird mir bestätigt, daß es sich in der Besprechung, die der Kaiser heute mit dem Reichskanzler, dem Statthalter von Elsaß-Lothringen und dem kommandierenden General von Deimling hatte, hauptsächlich um die Wiederherstellung des Zusammenarbeitens zwischen Zivil- und Militärbehörden handelte. Die Annahme, der Reichskanzler sei mit der Absicht nach Donaueschingen gereist, um dort sein Äußerstgefühls zu unterbreiten, muß ich nach meinen Erkundigungen für irrtümlich halten und es ist auch unwahrscheinlich, daß Personenveränderungen in höheren Ämtern in Aussicht stehen.

Die Rückkehr des Statthalters und des Generals v. Deimling. — w. Straßburg, 5. Dezember. Heute abend 6.58 Uhr traf von Donaueschingen kommend, der kaiserliche Statthalter Graf v. Wedel wieder hier ein, zu gleicher Zeit auch der kommandierende General des 15. Armee-Korps v. Deimling, der auf Einladung des Statthalters in dessen Salonwagen die Reise zurückgelegt hatte.

Ein baldiger Austritt des Kriegsministers?

„Berlin, 6. Dezember. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Gegenüber den vielfach auftauchenden Gerüchten von einem Austritt des Reichskanzlers bemerkt eine öftere offiziöse bediente Korrespondenz, die „Neue Politische Korrespondenz“, daß dies unwahrscheinlich sei, wohl aber glaube man, daß der Kriegsminister nicht allzulange in seiner gegenwärtigen Stellung verbleiben werde. Es könne natürlich nicht davon die Rede sein, daß dieser vortreffliche Stabschef etwa bei Seite gestellt werde; er werde in der Armee auch in den hervorragendsten Kommandostellen und namentlich in Zeiten der Gefahr durchaus am Platze sein. Aber für den Verkehr im Parlament erscheine er nicht beglückwünscht genug; es fehle ihm diejenige Vorherrschaft, die im Verkehr mit den Reichstagen besser am Platze ist und größere Erfolge zu erzielen pflege wie allzu große Schärfe.

Der Dank des elsässischen Zentrums an das Reichstagszentrum.

„Straßburg, 5. Dezember. Der Vorstand des elsässischen Zentrums hat an das Reichstagszentrum ein Danktelegramm geschickt.

Der Ausmarsch der 99er aus Zabern.

„Zabern, 6. Dezember. Der Ausmarsch des 99. Infanterie-Regiments wird heute Samstag erfolgen, und zwar wird das 1. Bataillon nach Pfalz, das 2. nach Hagenau kommen, während das bisher in Pfalzburg dislozierte dritte Bataillon des Regiments dort verbleibt.

Das 122. Infanterie-Regiment als Ersatz?

Berlin, 5. Dezember. Wie hier verlautet, wird als Ersatz für das nach Hagenau verlegte 99. Infanterie-Regiment das 122. Infanterie-Regiment nach Zabern verlegt werden.

Die von der Verlegung Betroffenen.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Straßburg, 5. Dez.: Die Nachricht von der Verlegung des 99. Infanterie-Regiments aus Zabern nach dem Truppenübungsplatz Hagenau wird im Reichsland mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen. Besonders in Zabern ist man geneigt, in dieser Maßnahme eher eine Strafe für die Stadt als eine solche für das Regiment zu sehen. Tatsache ist auch, daß durch die Verlegung des Regiments von dessen Angehörigen gerade diejenigen am härtesten betroffen werden, die nicht nur an den ganzen Vorfällen unbeteiligt waren, sondern sie auch mehr oder weniger mißbilligen. Die ganzen Attacken auf die Bevölkerung sind von dem Obersten mit einigen der jüngeren Leutnants durchgeführt worden, und die älteren Offiziere, die nun ihre Familien in Zabern zurücklassen müssen, sah man in den letzten Tagen kaum mehr in den Straßen. Noch schlimmer liegt der Fall für die älteren Unteroffiziere, von denen bereits hervorgehoben wurde, daß sie größtenteils durch verwandtschaftliche Verbindungen mit der Einwohnerschaft verflochten sind.

Die Strafanträge gegen den Obersten v. Reuter.

„Zabern, 6. Dezember. Eine ganze Anzahl der vor acht Tagen widerrechtlich Verhafteten, die eine Nacht in dem feuchten und kalten Bandenkerker zubringen mußten, hat eine Entschädigungsklage gegen den Obersten v. Reuter eingereicht. Die Prozesskosten will der Gemeinderat von Zabern tragen. Die Betroffenen werden nunmehr nicht allein den Zivilklagen beschuldigt, sondern haben Strafantrag wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung gegen den Obersten gestellt. — Vier Zaberner Reserveoffiziere beabsichtigen, ihre Patente aus Anlaß der letzten Vorfälle zurückzugeben, und auch der langjährige Kapellmeister des 99. Infanterie-Regiments, Musikmeister Kriesch, wird seinen Abschied nehmen.

Ein Strafverfahren gegen 36 Einwohner.

„Straßburg, 6. Dezember. In der Zaberner Angelegenheit ist gegen 36 Einwohner ein Strafverfahren wegen Verleumdung von Offizieren und Mannschaften des Standorts Zabern eingeleitet worden.

Ein Zwischenfall in Straßburg.

„Straßburg, 5. Dezember. Am letzten Freitag bellagte sich im „Elsässer Kurier“ ein Rottenführer darüber, daß ein Soldat vom Jägerregiment Nr. 3 in Kolmar den Rottenarbeitern zugerufen habe: „Partei nur, ihr verdammten Wadaes!“ Der Kommandeur des Regiments hat sofort eine Untersuchung eingeleitet. Der betreffende Soldat wurde ermittelt und bestraft und dies dem beschwerdeführenden Rottenführer mitgeteilt.

Verbot französischer Musik in Straßburg.

„Straßburg, 5. Dezember. Die Straßburger Regierung hat eine Verfügung erlassen, nach der künftig bei Vereinen und ähnlichen Gemeinschaften — so lautet der Ausdruck in dem amtlichen Schriftstück, von dem die „Straßb. R. Ztg.“ Kenntnis erhalten hat — bei öffentlichen Aufzügen und dergl. keine französischen Musikstücke oder Kompositionen zur Aufführung gebracht werden dürfen.

Pressbestimmen.

Aber die Besprechung von Donaueschingen, bezw. über die Entscheidung des Kaisers in der Zaberner Angelegenheit, stellen wir nachstehend einige bemerkenswerte Pressbestimmen zusammen:

Die „Vossische Zeitung“ sagt, die Entscheidung des Kaisers sei als Anfang der Wiederherstellung geordneter und friedlicher Verhältnisse anzusehen und sei der erste Schritt auf einen guten Willen. Das Ziel werde erreicht werden, wenn die anderen Schritte in derselben Richtung nicht ausbleiben. Zudem die Truppen aus Zabern zurückgezogen wurden, beuge man einer Verschärfung der Lage durch neue Zwischenfälle vor.

„Nationalzeitung“: Von Zabern nach Hagenau ist zwar nicht weit, aber grundsätzlich bedeutet diese Maßnahme eine Genugtuung für die Zivilbehörde und für die Stadt Zabern, aus der der Stein des Anstoßes entfernt worden ist.

Die „Kreuzzeitung“ beruft sich darauf, daß sie schon vor einiger Zeit die Verlegung der Zaberner Garnison befürwortet habe, damals wäre diese Maßregel nur eine bessere gewesen. Fraglos sei sie aber auch jetzt als eine gute Entscheidung anzufassen. Das Blatt hebt hervor, die Hauptsache ist, daß die Verlegung der Wer nicht als ein Nachgeben der Heeresverwaltung aufgefaßt wird.

In der „Post“ wird ausgeführt: Es kann nicht die Rede davon sein, daß der Kaiser die Stellung des Kanzlers mißbilligt hat und daß Anordnungen getroffen wurden, die

sich mit der Stellung des Kanzlers nicht vereinbaren ließen oder ein Zurückweichen vor der Demokratie bedeuten könnten. Der Reichskanzler steht mit dem Vertrauen des Kaisers zurück. Seine Haltung sei gebilligt worden. Das Mißtrauensvotum des Reichstags habe staatsrechtliche Folgen nicht gehabt.

Die „Tägliche Rundschau“ meint: Ganz Deutschland, so weit nicht planmäßige Schwelgerei ein unfauberes Interesse daran habe, die Heilung der geschlagenen Wunden zu hindern, werde die Entscheidung des Kaisers mit lebhaftem Danke begrüßen. Auch das Verhältnis des Reichskanzlers zum Reichstag werde durch die Entscheidung des Kaisers gebessert.

„Berliner Tageblatt“: So düster ist die politische Situation. Hat Herr v. Bethmann-Hollweg dem Kaiser seine Demission überreicht oder nicht? Man erfährt nichts davon. Wird er gehen oder bleiben? Und ebensowenig wird festgestellt, ob der kommandierende General v. Deimling in Straßburg bleiben wird und ob der Statthalter v. Wedel weiter neben ihm auszuhalten gedenkt. Einwillen steht, so viel uns dünkt, zweierlei fest: daß Herr v. Bethmann zu spät nach Donaueschingen ging und daß er, als er schließlich dorthin befohlen wurde, mit einer ungenügenden Antwort zurückkehrte.

„Germania“: Immerhin etwas! Denn es ist damit wenigstens weiteren unliebsamen Vorkommnissen in der Stadt vorgebeugt. Aber jedenfalls ist diese Maßnahme kein Vorteil für die Garnison von Zabern, die damit für die Sünden des Leutnants v. Forstner büßen muß.

„Vorwärts“: Es ist ein moralischer Sieg des Parlaments über die Bureaukratie, ein bedeutungsvoller Schritt auf einem zukünftigen Rechtswege, aber auch nur ein Schritt vorwärts, denn andere folgen müssen, soll er seine Bedeutung bewahren. Von einer Indisposition, wenigstens von einer physischen, haben wir beim Reichskanzler nichts bemerkt und eine physische wäre vielleicht eine Erklärung, aber keine Entschuldigung des Auftretens des Kanzlers und wirklich noch weniger eine Rechtfertigung seines Bleibens. Im übrigen aber läßt diese Darstellung die Haltung der Regierung nur noch schlimmer, noch unverständlicher erscheinen. Ist sie wahr, so sagt sie nichts anderes, als daß der Kanzler gegen die eingeriffene Anarchie noch weniger sagen und tun wollte, als es selbst Wilhelm II. und dem Ministerrat nötig schien.

Die „Frankfurter Zeitung“ schließt ihre eingehende Betrachtung mit den Worten: „Hätte man das alles vorgelesen im Reichstag gesagt, so wäre Verwirrung eingetreten und die Dinge hätten einen etwas anderen Verlauf genommen. Der Reichskanzler hat in vollständiger Verkennung der Stimmung des Reichstags, wie sie sich dann vom ersten Augenblick an offenbarte, viel zu zurückhaltend und andeutungsweise gesprochen, andeutungsweise in einem Augenblick, wo das stürmisch bewegte Haus ganz deutliche Sätze hören wollte, aber nicht Wendungen, die erst einer Interpretation bedurften, die auch nur solche geben konnten, die über die Vorgänge innerhalb der Regierungsinstanzen unterrichtet waren. Die Regierung hat noch niemals einer parlamentarischen Aktion gegenüber, namentlich am ersten Tage, so unglücklich operiert wie in diesem Falle, wozu noch als das Aller schlimmste die Rede des Kriegsministers kam.“

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ sagen u. a.: „Das eine ist sicher richtig, daß der Wechsel von Zabern nach Hagenau an die beiden unglücklichen Bataillone starke Anforderungen an Überwindungskraft stellt. Und dazu sich sagen müssen, daß das alles vermieden worden wäre, wenn der Herr Leutnant v. Forstner rechtzeitig auf Urlaub geschickt und der militärische Tatendrang seines Obersten auf ein totes Gleis geschoben wurde! Während heute — man mag die Dinge ansehen, wie man will — die Verlegung nicht viel mehr als einen Schlag ins Wasser bedeutet, wohl geeignet, die Ruhe in Zabern wiederherzustellen, aber nicht geeignet, die schweren politischen Folgen wieder aufzuheben, die sich aus der Politik des tatenlosen Zwartens ergeben haben.“

Die zweite Kanzlerrede in der vorgestrigen Sitzung des Reichstags, die das Mißtrauensvotum mit übergrößer Mehrheit nicht verhindern konnte, bildet noch den Gegenstand lebhafter Erörterungen:

Feuilleton.

Aus Kunst und Leben.

* Ein unbekanntes Heine-Denkmal. Nicht Frankfurt darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, im Besitz des ersten Heine-Denkmal zu sein, auch Hamburg nicht. Schon seit zehn Jahren ist mir ein Heine-Denkmal bekannt, das allerdings in keinem Badesee oder Meyer steht. Drei Bremer Lehrer richteten in der schweigenden Einsamkeit der friesischen Heide dem Dichter das Ehrenmal auf, als die ersten in deutschen Landen. An der Bahnlinie von Bremerhaven nach Bremen liegt die kleine Station Oldensbüttel, inmitten der endlosen Heide. Ein Feldweg führt von hier in einer Stunde durch blühende Erle und Birkengehege in das Lummaland. Mannshöhe Heide, Ginster, Kiefern, eilige Fichten umschirmen hier ein kleines Fachwerkhäus mit ziegelrotem Dach und grünen Läden. Hier wohnen die Leute von Lummaland im Frieden der Färschheit. „Dat mi tofeden!“ Und hinter diesem Jährl erhebt sich ein gewaltiger Granitblock, anderthalb Meter hoch, vierkantig, ohne jeden bildhauerischen Schmuck, gerade so, wie ihn einst die Gletscher-massen Skandinaviens in die Heide hinab trugen, ein Findling, der Jahrhunderte in der braunen Heide lag. Dieser Block trägt eingegraben den Namen: Heine. Rippenfarn, wildes Brombeergebüsch, Blaubeeren umranken den Block, und das glänzende Donnerkraut flattert zwischen den kleinen Steinen empor, die das Denkmal schmückend umgeben. Es liegt ein Kreuz in dem Gangen und schweigende Sehnsucht, ganz wunderbar zu dem Wde passend, das aus Heines Dichtungen entgegenleuchtet. — In tiefer Stille und ohne der Öffentlichkeit erfindend so vor Jahren ohne die „Unterstützung weiterer Kreise“ das erste deutsche Heine-Denkmal. Die es errichteten, liebten den Dichter, und ihre Liebe zu ihm fand diesen Stein an einem Ort, den nicht oft eines Wanderers Fuß betritt. Unter den drei Bremer Lehrern, die das Mal stifteten, befand sich auch der bekannte W. Scherlmann.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Die Einweihung des Heine-Denkmal in der Friedberger Anlage in Frankfurt findet am 13. ds. statt. Das von dem Berliner Plastik-

So spricht sich in der „N. Z. am Mittag“ neben anderen politischen Persönlichkeiten, Hans Delbrück, der bekannte Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“, aus: „Ich stehe auf dem Standpunkt der Herren Lehrenbach und von Kallier. Ich möchte die Situation auch mit demselben Ausdruck charakterisieren wie Herr von Kallier, nämlich: „Es ist zum Heulen!“ Wenn ich dem, worüber wohl alle Welt einig ist, ein besonderes Moment hinzufügen soll, so wäre es, daß wieder die alldeutsche Presse einen großen Teil der Mißachtung an den unglücklichen Verwundungen trägt. Statt von Anfang an auch das Nötige zu tun, damit das Militärkommando durch verständige Nachgiebigkeit den Konflikt aus der Welt schaffe, hat sie fortwährend gehetzt. Wie besonders durch die Behauptung, daß es sich um eine Auflehnung von Französlingen handle. Es ist aber ganz klar, daß die welche Richtung im Elsaß mit dem Konflikt als solchem nicht das geringste zu tun hat. Es ist ein Zusammenstoß zwischen Armee und Bürgertum, wie wir ihn in früheren Zeiten gar nicht so selten gehabt haben, wie er aber jetzt seit langem nicht mehr vorgekommen war. An sich hat sich ein Konflikt nichts zu bedeuten. Aber dadurch, daß die Zivilbehörden und schließlich auch der Herr Reichskanzler sich nicht rechtzeitig und energig genug dafür eingesetzt haben, daß der beleidigte öffentlichen Meinung in Elsaß-Lothringen eine entsprechende Genugtuung gegeben werde, ist der Konflikt zu einer bedauerlichen Stärke angewachsen, deren Konsequenzen vorläufig noch nicht abzusehen sind.“

Die demokratische „Straßburger Neue Zeitung“ schreibt: „Der härteste Eindruck machte gestern Abend in Elsaß-Lothringen die Meldung von dem mit so überwältigender Majorität angenommenen Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler. Überall, wo diese Entscheidung bekannt wurde, da ging es wie ein Aufstöhnen durch die elassischen Reihen: Der Reichstag läßt uns nicht im Stich. Was wir gestern von der Wirkung der Haltung des deutschen Reichstags schrieben, dürfen wir heute doppelt unterstreichen. Und wenn wir mit dem Abgeordneten aus Elsaß noch so schwer bedauern, daß so vieles zerstört ist, so müssen wir ihm heute doch sagen, es ist noch lange nicht alles kaputt, wie er trostlos behauptete. Das deutsche Volk hat in seinen Vertretern gut gemacht, was eine so unglückliche Regierung zu vernichten droht.“

Das Zentrumorgan, der „Kölner“, schreibt: „Der gestrige Tag ist trotz seiner und beruhigender als der vorgestrige verlaufen. Man weiß jetzt, daß mit gewaltiger Majorität die deutsche Volksvertretung hinter Recht und Gesetz steht, deren größtmögliche Verletzung der Kanzler nur nicht verurteilen, sondern beschönigen wollte. Das ist immerhin eine Genugtuung, die auf die aufgeregten Gemüter ihre Wirkung nicht verfehlen wird.“

Ein zutreffender französischer Kommentar.

* Paris, 6. Dezember. Der „Temps“ kommentiert die vorgestrige Reichstags-Sitzung und sagt: „Es handelt sich um einen Antagonismus zwischen dem modernen Deutschland und dem alten Preußen, zwischen dem zivilen Geist und den konstitutionellen Gesetzen, zwischen der Vorliebe der Krone zu ihren Soldaten und der Pflicht gegenüber dem Volke. Eine Kanzlerkrise, die hierdurch herbeigeführt wurde, könnte hieran nichts ändern. Heute befindet sich Deutschland in derselben Lage wie im November 1908, nur mit dem Unterschied, daß die Person des Kaisers heute nicht in Frage steht; an der Stelle seiner Person steht heute die Prärogative der Armee. Auf dem Grunde der Angelegenheit ruht die Frage, ob der Kaiser die Erhaltung des Ansehens der Armee über die Rechte der Bürger stellt. Reichstag und Herrscher befinden sich nicht auf demselben Boden.“

Eine Protestversammlung.

ht. Frankfurt a. M., 5. Dezember. Landtagsabgeordneter Max von Krell (Angelheim), der heute von einem längeren Aufenthalt im Elsaß zurückkehrte, sprach heute Abend auf Grund seiner persönlichen Eindrücke vor einer hartbesuchten von der Fortschrittlichen Volkspartei einberufenen öffentlichen Versammlung über „Zabern“ und schloß mit der Bemerkung, die bedeutungsvollste Lehre für das deutsche Bürgertum aus diesen Vorfällen sei die, daß die Rechtseinheit im Staate mit

aller Energie aufrecht zu erhalten ist, und daß der Bürger Hochachtung vor sich selbst gewinnt. Das Volk muß den Staat als den obersten Zweck seines Daseins erkennen. In einer einmütig angenommenen Resolution legte darauf die Versammlung Protest ein gegen den vom Reichskanzler aufgestellten Grundgedanken, daß die Militärgehalt befugt sei, sich selbst Recht zu verschaffen, wodurch der Militärgehalt ein außer der Verfassung stehendes Vorrecht eingeräumt würde; zu danken sei der demonstrativen Einmütigkeit des Reichstages, womit Verwahrung gegen die Ausnahmeerklärung der Militärgehalt eingelegt wurde, und schließlich sei zu erwarten, daß der Reichstag die Unterordnung der Militärgehalt unter die bürgerliche Rechtsordnung durchsetze.

Der Streit um die deutsche Militärmission.

Aus Konstantinopel kommen Meldungen, nach denen die Türkei erklären würde, daß der preussische General Liman von Sanders sich um die Befestigungen am Bosporus und an den Dardanellen nicht bekümmern und daß Rußland sich damit zufrieden geben werde. Wie wir hören, dürfte sich diese Annahme als irrig erweisen. Rußland verlangt von der Türkei, entweder andere Abmachungen betreffs der Meerengen oder für einen Russen ein Kommando, das demjenigen entspricht, das die Türkei einem Deutschen und einem Engländer, jenem für das Landheer, diesem für die Seemacht, übertragen hat. Es ist anzunehmen, daß man einige Zeit vergehen läßt, bevor die Zugeständnisse, die von den Türken in diesem Punkt den Russen wahrscheinlich gemacht werden, zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen. Man will vermeiden, daß diese Zugeständnisse in Verbindung mit der deutschen Militärmission gebracht werden.

Der russische Protest wegen Liman v. Sanders noch nicht überreicht.

Paris, 5. Dezember. Nach einer Wittermeldung aus Konstantinopel hat der dortige russische Botschafter v. Giers, welcher angeblich gestern nachmittag gegen die Ernennung des deutschen Generals Liman v. Sanders zum Kommandeur des 1. türkischen Armeekorps Einspruch erhoben sollte, diesen Schritt im letzten Augenblick verschoben.

Die Abschiedsaudienz Liman v. Sanders beim Kaiser.

Der Leiter der deutschen Militärmission für die Türkei, Generalleutnant v. Sanders wird am Montag in Berlin vom Kaiser in Abschiedsaudienz empfangen werden. Seine Reise nach Konstantinopel erfolgt Ende nächster Woche.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der bekannte Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Hise vom Zentrum, von dessen Erkrankung die Blätter in den letzten Tagen sprachen, war damals schon auf dem Wege der Besserung. Er muß sich nur noch einige Schonung auferlegen.

* Die Bürgermeisterwahl in Hamburg. Der Senat wählte an Stelle von Dr. C. A. Schroeder zum ersten Bürgermeister den bisherigen politischen Bürgermeisters Dr. W. Reiche und zum zweiten Bürgermeister den Senator von Reiche.

* Das Ehrenbürgerrecht für die beiden Berliner Stadtverordnetenvorsteher. Der Berliner Magistrat hat gemäß den Bestimmungen der Städteordnung im Einverständnis mit der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dem Stadtverordnetenvorsteher Rentier Paul Wichelet und dem stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher, Geheimen Justizrat Oscar Cassel, das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.

* Eine Kundgebung gegen die Dienstboten-Krankenversicherung. Der Berliner Hausfrauenverein veranstaltete gestern eine große Versammlung, in der gegen die Dienstboten-Krankenversicherung in der jetzigen Form demonstriert wurde.

* Der Friedhof von Lessing. Lebhafter Widerspruch wird von der Gewohnheit gegen die Niederlegung der alten Friedhofsmauer von Lessing in Lothringen erhoben, die mit ihren Schickschorten und dem einer Festung gleichen Glocken-

Georg Kolbe geschaffene Werk zeigt auf einem prismenförmigen Muschelfalkensteinblock eine stark bewegte Bronzegruppe, die Lieberdichtung Heines symbolisierend. Die vordere Sockelfläche zeigt in schlichter Umrahmung das Bildnis des jungen Heine in einem aus dem Stein gehauenen Relief, darunter die Worte: „Dem Dichter Heinrich Heine.“ Zur Ausführung des Denkmals standen etwa 24000 M. zur Verfügung.

In Leipzig fand im Neuen Theater das fünfaktige Schweizer Volksdrama „Marignano“ von Karl Friedrich Wegand bei seiner Uraufführung einen ungeheuren, starken Erfolg.

In Bremerhaven erlebte „Orlow“, Drama in fünf Akten von Paul Langenscheidt, im Stadttheater seine Uraufführung. Der anwesende Verfasser erlebte stürmischen Beifall und zahlreiche Hervorhefungen.

Im Stuttgarter Schauspielhaus hat vorgestern die Uraufführung eines neuen Werkes von Hermann Bahr stattgefunden. Die neue Komödie führt den Titel „Das Phantom“. Sie ist eine Variante des Motivs, das Hermann Bahr bereits in seinem „Konzert“ angeklungen hat. Nur ist es diesmal zur Abwechslung nicht der Mann, sondern die Frau, die trotz aller Liebe zu ihrem Mann vom Pfad der ehelichen Tugend abgerrt ist und von ihrem mit einer beneidenswerten Seelenruhe ausgestatteten Gatten nach einem ähnlichen Rezept, wie wir es schon längst aus Sardou-Rajack „Cyprienne“ kennen, wieder zur Vernunft gebracht wird. Seine Freunde kann man auch in diesem Jahr wieder an den aufstrebenden Bühnen eines wüsten und geistreichen Dialogs haben, aber die Höhe seines „Konzerts“ hat Bahr auch in diesem Stück nicht wiedererreicht. Bei flotten Spiel fanden die beiden ersten Akte mit ihrem wüsten Dialog eine sehr fremdbildige Aufnahme, der dritte Akt fiel dagegen ziemlich ab. — Über die gleichzeitige Uraufführung in Darmstadt berichtet unser dortiger Mitarbeiter: Der geistvolle Dialog des Stückes und die verständnisvolle Regie sowie die glückliche Besetzung sicherten der Aufführung in unserem Hoftheater einen unbestrittenen Erfolg.

Die Barmer Bühne hat eine Uraufführung erlebt, die ein besonderes Interesse schon des Stoffes wegen beansprucht, den das betreffende Stück, das dreiteilige Drama „Paragraf 93“ behandelt. Der Verfasser ist der Bupperteiler Wandwiler Ernst Söhngen, der schon durch mehrere Ar-

beiten, am meisten wohl durch sein zugkräftiges Soldaten-drama „Kajetanus“ bewiesen hat, daß er ein Bühnenkünstlerisches Talent ist, der die Register der volkstümlichen Theaterwirkung zu ziehen versteht. Es ist wohl das erstmal, daß der Majestätsbeleidigungsparagraph auf die Bühne kommt. In theatralischen Reizmitteln, die auf die große Masse wirken, ist nicht gespart worden und die Aufführung bedeutete einen Erfolg für den Autor und die Darsteller.

Wissende Kunst und Musik. Am Hamburger Stadttheater gelangt Richard Joseph und seine Brüder in Weingartners Bearbeitung zur Aufführung.

Die Stadt Breslau hat 30 000 M. für die Ausstattung des „Parisier“ endgültig bewilligt.

„Der Malkasten“, der allberühmte Düsseldorf-dorfer Künstlerverein, will sein Vereinshaus erweitern und umbauen. Er hatte zu diesem Zwecke, wie die „Leipz. N. Z.“ berichtet, einen Ideen-Wettbewerb unter seinen Mitgliedern und Besuchern ausgeschrieben. Den ersten Preis erhielt jetzt einstimmig der Entwurf von J. Keesattel jun.

Die Schauburg zu Hannover hat die neue Fosse „Die ledige Ehefrau“ von Forbes Mills und Theo Halton, Musik von Joseph Enaga, zur Aufführung für Ende Dezember angenommen.

Wissenschaft und Technik. Zur Schaffung einer Bibliothek für die neue Universität in Frankfurt sind mit der Reichs- und der Landesbibliothek Verhandlungen angeknüpft, die darauf abzielen, diese beiden Institute der Universität dienstbar zu machen. Die Stadt hat sich schon bei der Stiftung verpflichtet, die Stadtbibliothek zu Unterhaltungs- und darüber zur Verfügung zu stellen.

In der Kirche San Lorenzo in Mailand, dem ältesten Gotteshaus der Postadt, das i. J. 451 gegründet und 500 nach byzantinischen Vorbildern umgebaut wurde, werden gegenwärtig umfangreiche archaische Ausgrabungen vorgenommen, die über die Baugeschichte des Tempels Licht verbreiten sollen.

George Westinghouse, dem Erfinder der automatischen Druckluftbremse, die heute in allen Ländern der Erde in Gebrauch ist, hat die Gesellschaft Deutscher Ingenieure die goldene Ehrenmedaille verliehen, die einmal in jedem Jahre für die bedeutendste Ingenieurleistung vergeben wird. Es ist das erstmal, daß ein Amerikaner sie erhalten hat.

harm die Kanonade von 1870 trotz vieler Spuren überstanden hat. Der Bürgermeister und der Gemeinderat wollten die Stadt „verschönern“ und die historische Mauer beseitigen. Dagegen hat nun die Einwohnerschaft eine Petition an die Regierung geschickt, in der dringend die Erhaltung dieser historischen Stätte gefordert wird. Eine Regierungs-Kommission hat bereits am Ort und Stelle gewellt und die Mauer in Augenschein genommen.

* Die „Vollversicherung“ gegen die „Deutsche Volksversicherungsgesellschaft“. Die Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge in Hamburg strengte gegen die Deutsche Volksversicherungsgesellschaft beim Landgericht 2 Berlin Klage an, die sich darauf gründet, daß die Volksversicherungsgesellschaft in verschiedenen Rundschreiben die Behauptung aufgestellt habe, bei der Volksfürsorge würden die Gelder der Versicherten letzten Endes dazu dienen müssen, der Unstutspartei neuen starken Kriegsschlag im Kampfe gegen den Sozialismus zu schaffen. Die Klägerin verlangt nach § 14 des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb die Unteragung dieser Behauptung und der weiteren Verbreitung der betreffenden Flugblätter. Wie wir erfahren, wird die Volksversicherungsgesellschaft den Beweis für die Richtigkeit ihrer Behauptung in vollem Umfange antreten und dementsprechend Abweisung der Klage beantragen. Der Verhandlungstermin ist auf den 22. Dezember angesetzt.

* Die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals wird Anfang April soweit vorgeschritten sein, daß die großen Schiffschiffe den Kanal passieren können. Voraussetzung ist, daß besondere ungünstige Umstände, die die Arbeiten verzögern könnten, nicht eintreten. Ein Jahr später, also im April 1915, soll der Kanal vollkommen fertiggestellt sein, und nur die Marschbahnverlegung verbleibt noch, die bis Anfang des Jahres 1916 durchgeführt sein soll.

* Falscher Spionageverdacht. Der in Guxhagen angeblich wegen Verletzung eines Patentsgeheimnisses verhaftete Torpedoleutnant a. D. Nordmacher ist wieder aus der Haft entlassen worden. Die Untersuchung ergab, daß der Verdacht, der sich auf gewisse briefliche Äußerungen stützte, nicht aufrechterhalten werden konnte.

* Kommunale Maßnahmen zur Radium-Beschaffung. Zum Zweck der Vorberatung über gemeinschaftliche Beschaffung von Radium hat Professor Bis die Gemeinderäte von Groß-Berlin zum nächsten Dienstag nach dem Ministerium des Innern eingeladen.

Rechtspflege und Verwaltung.

JM. Justiz-Verordnungen. Rechtsanwalt Heine aus Elville wurde in die Liste der Rechtsanwälte bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Wiesbaden eingetragen. — Die Rechtsanwälte Dr. Gölig, Dr. Meisbach im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M. wurden zu Gerichtsassessoren ernannt.

Parlamentarisches.

Ein reaktionärer Antrag zur Regelung des Depositenbankwesens. Ein Antrag Barmuth und Genossen ist dem Reichstag zugegangen, der um Einbringung eines Gesetzes zur Regelung des Depositenbankwesens ersucht, um die „schaffenden Stände“ vor Verlusten des Spar- und Vertriebsvermögens in Anbetracht zahlreicher Zusammenbrüche zu schützen. Der Antrag ist von führenden Konservativen, Freikonservativen sowie von Antisemiten und Zentrumsabgeordneten unterschrieben.

Ein Antrag Barmuths über die englischen Petroleumkonfessionen in der Türkei. Der Abg. Barmuth hat im Reichstag folgende Anfrage gestellt: „Wie die Presse mitteilt, sollen englische Unternehmer in Arabien, Syrien und Mesopotamien bedeutende Petroleumkonfessionen von der Türkei erworben und sich verpflichtet haben, das gewonnene Rohöl an die englische Admiralität zu verkaufen, wobei beabsichtigt sein soll, den Weltmarkt anderer Länder in diesen Gebieten auszuschließen. Sind dem Reichstagler diese Vorgänge bekannt? Was denkt der Reichstagler mit Rücksicht auf das große Interesse, das die deutsche Marine zukünftig an einer gesicherten Heizölzufuhr nach Deutschland haben wird, zu tun, um die Ausbeute von Petroleum, insbesondere in Gebieten, für deren Erschließung deutsches Kapital in erster Linie tätig ist, auch deutschen Unternehmern zu ermöglichen?“

Ein sozialdemokratischer Antrag, betr. Zollerleichterungen bei der Fleischzufuhr. Dem Reichstag ist eine Anfrage des Abg. Wurm (Sozialist) zugegangen des Inhalts: „Zu der Reichstagsfrage bereit, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch das Gesetz über die vorübergehende Zollerleichterung bei der Fleischzufuhr vom 13. Februar 1913, das mit dem 31. März 1914 abläuft, über diesen Termin hinaus verlängert wird?“

Ein Weisbuch über die Ergebnisse der internationalen Konferenzen, die in Brüssel in den Jahren 1900 bis 1913 zur Vereinfachung der für die beschränkte Haftung bei Reederei sowie für die Hypotheken und Privilegien an Seeschiffe geltenden Rechtsätze abgeschlossen worden sind, ist dem Reichstage zugegangen.

Der preussische Landtag soll neueren Nachrichten zufolge zum 8. Januar 1914 einberufen werden.

Heer und Flotte.

Zu der Aufhebung eines Soldaten gegen einen Offizier. Gegenüber der Nachricht, daß ein eifriger Rekrut des Infanterie-Regiments Nr. 55 (Garnison Götter) einem vorgeführten Offizier der Gehorsam verweigert habe, erzählt die „K. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle, daß in der Tat gegen einen aus dem Elbich kommenden Rekruten wegen Gehorsamsverweigerung eine kriegsgerichtliche Untersuchung schwebt. Der Mann ist aber schon vor seinem Dienstbeginn mit Gehorsam bestraft gewesen; im übrigen entbehrt der Fall jedes politischen Beigeschmacks.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Volkshäuser a. D. Graf Wolfenstein i. Wien, 5. Dezember. Der ehemalige Volkshäuser Wolfenstein ist gestorben.

Der galizische Landtag. Lemberg, 5. Dezember. Der galizische Landtag wurde heute vormittag eröffnet. Der Statthalter Rortowski unterbreitete die Regierungsvorlage über die Wahlreform und erklärte, die Regierung wolle das Rußland arbeiten beider Nationalitäten ermöglichen und jeder Nationalität eine entsprechende Vertretung sicherstellen und alle erwerbenden Bevölkerungs-

schichten zur Teilnahme an der öffentlichen Tätigkeit heranziehen. Er schloß mit dem Wunsche, daß die Wahlreform dem Lande den Frieden bringe. Auf Antrag von Dr. Leo wurde die Regierungsvorlage für dringlich erklärt. Hierauf wurde die Wahl eines ständigen Wahlreformauschusses vorgenommen.

Rumänen und Ungarn als Volkwerke gegen den Panislawismus. Budapest, 5. Dezember. Im Abgeordnetenhaus äußerte Ministerpräsident Tisza im Verlaufe der Verhandlungen: Ich begreife, daß die ungarländischen Rumänen den Aufschwung des Königreichs Rumänien als Verwirklichung ihrer nationalen Ideale mit Begeisterung begrüßen. Ich bin weit entfernt, dies als Irredentismus zu bezeichnen, aber ich glaube, daß die ungarländischen Rumänen es ihrem Nationalgefühl schuldig sind, daß sie den ungarischen Staat lieben und seine Wohlfahrt fördern, da die Ungarn und die Rumänen den gleichen geschichtlichen Beruf haben, in brüderlichem Einvernehmen, gestützt auf das Germanentum, die Freiheit und die Kultur Europas gegen die Ausbreitung der panislawistischen Tendenzen zu verteidigen. (Beifall.)

Frankreich.

Dupuy's Versuche zur Kabinettsbildung gescheitert? Paris, 6. Dezember. Gestern abend 7 Uhr empfing Dupuy die Journalisten und erklärte ihnen, daß er vorläufig über die Kabinettsbildung noch nichts mitteilen könne. Er hatte dann eine Unterredung mit Doumergue, und man glaubt, daß es von dem Verlauf dieser Unterredung abhängt, ob Herr Doumergue die Bildung des Kabinetts übernehmen wird oder nicht. Es verlautet, daß Dupuy bei der Kabinettsbildung Schwierigkeiten begegnete. Es geht das Gerücht, daß er die Kabinettsbildung wahrscheinlich nicht übernehmen können. Die Entscheidung, ob Dupuy die Kabinettsbildung übernimmt, wird erst heute vormittag fallen.

Delcassé reist nach Paris. Paris, 5. Dezember. In den Wandelgängen der Kammer wird im Zusammenhang mit der Ministerkrise erzählt, daß Delcassé, der gegenwärtige Vizepräsident in Petersburg, morgen in Paris eintreffen soll.

Einbruchsdiebstahl im Arsenal von Toulon. Paris, 5. Dezember. Nach einer Blättermeldung aus Toulon wurde heute nacht im Arsenal ein Einbruch verübt und aus einer eisernen Kasse der Marineartillerie eine Summe von mehreren tausend Franken geraubt.

England.

Der Eisenbahnerstreik beendet. London, 5. Dez. Der Streik der Eisenbahner in Südwales ist beendet.

Spanien.

General Marina bleibt Befehlshaber in Marokko. Madrid, 5. Dezember. General Marine ist aus Tetuan hier eingetroffen. Der Ministerpräsident erklärte anlässlich der Ankunft Marines, es sei nicht beabsichtigt, den Posten des Oberkommandos anderweitig zu besetzen. Marine kehrt nach dem Meinungsaustausch über die marokkanischen Angelegenheiten in sein Amt zurück.

Ein Verwaltungsvorschlag der Gebrüder Mannesmann in Marokko. Madrid, 5. Dezember. Der „Imparcial“ veröffentlicht einen Interventionsentwurf der Gebrüder Mannesmann, obgleich das Blatt den Wortlaut selbst als unwahrscheinlich bezeichnet. Durch ihn werden Veränderungen in der spanischen Zone Marokkos vorgeschlagen. Spanien solle unterzüglich Raifut die Güter und Geiseln zurückstellen. Eine Kommission aus einem Vertreter des spanischen Ministeriums, einem der Gebrüder Mannesmann und einem Marokkaner sollen die Rechte der Eingeborenen organisieren. Spanien solle sich verpflichten, keine Besatzungstruppen bis auf je ein Regiment in Larraich, Rif, Tetuan, Melilla und Ceuta zurückzuziehen, eine Eingeborenentruppe unter dem Kommando Raifut schaffen und die Verwaltungsfragen einem Generalrat überweisen. Die Kommission solle für die Bedürfnisse der Eingeborenen sorgen sowie alle administrativen militärischen Maßregeln treffen, die ihr gut erscheinen. Die spanische Regierung solle sich bereits jetzt dazu verpflichten, den Entwurf anzunehmen, den die Kommission in dieser Angelegenheit ausarbeiten werde. Die Eingeborenen sollen ihre Waffen behalten. Die Firma Mannesmann solle sich direkt mit den Arabern ohne Vermittelung der spanischen Behörden in Verbindung setzen und solle eine Gesellschaft gründen mit der Berechtigung eines für die ganze Zone für 100 Jahre auszustellenden Charter, die alle öffentlichen Arbeiten ausführen solle und berechtigt sei, Verträge und Bündnisse jeglicher Art mit den Eingeborenen abzuschließen. Spanien solle von jeder Einmischung in die bürgerlichen Angelegenheiten der spanischen Zone ausgeschlossen werden, da Gesellschaft und Verwaltung die Polizeigewalt durch in allen Bezirken einzusetzende Polizeikräfte sichern werden. Diese Polizeikräfte sollen mit den spanischen Behörden durch Vermittelung der Gesellschaft verkehren. Die Eingeborenen sollten nur den Gerichten der Gesellschaft unterworfen sein. Schließlich solle die spanische Regierung sich verpflichten, alle von der Gesellschaft angeregten politischen und militärischen Reformen durchzuführen.

Schweden.

Ein neuer Spion für Rußland verhaftet. Kopenhagen, 5. Dezember. In Boden bei Dulea am Botschnischen Meerbusen, in der Nähe der russischen Grenze wurde gestern der dänische Leutnant a. D. Frederiksen unter dem Verdacht der Spionage gegen Rußland verhaftet. Er wohnt seit etwa einem Jahre in Boden, wo er angeblich für eine große dänische Firma lappländische Produkte einzukaufen.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Aus dem Stadtparlament.

Die Mehrheit der Bürgerschaft wird die in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gefasste Beschlusse des projektieren Neubaus der Beausite gewiß billigen. Der Bauausschuß hatte sich zwar für die Genehmigung des Projekts ausgesprochen, trotzdem den Teilen seines Berichts war aber zu lesen, daß er der Sache an sich trotz dem recht skeptisch gegenüberstand. Verschiedene seiner Mitglieder, so der Berichterstatter Herr Schildner und Herr Justizrat v. Gd., verwendeten sich denn auch lebhaft für eine Nachprüfung der Vorlage im Finanzausschuß. Die Herren, die für die Überweisung der Vorlage an den Finanzausschuß waren — dazu gehörten auch der Vorsitzende Herr Justizrat Siebert, Herr Geheimrat Dr. Fresenius und Herr Beigeordneter Körner — nahmen den Standpunkt ein, den wir in der Morgen-Ausgabe vom Freitag vertreten haben. Die Bedürfnisfrage und damit zusammenhängend die Frage nach der Rentabilität des Unternehmens müßten mindestens gewissenhaft geprüft werden, wenn man sich nicht sofort zur Ablehnung des Projekts entschließen könnte. Herr Beigeordneter Körner wies wiederholt darauf hin, daß der Vertrag mit dem Pächter der Beausite am 1. Oktober des nächsten Jahres abläuft, daß also ein Beschluß darüber herbeigeführt werden müsse, ob die Restauration weiter bestehen oder ganz verschwinden solle. Denn — darin trat dem Redner auch Herr Oberbürgermeister Gläffing bei — die Verlängerung des Pachtvertrags sei ohne die Vornahme gründlicher baulicher Verbesserungen ganz und gar ausgeschlossen. Die Ansicht des Herrn Beigeordneten, die Stadtverordneten-Versammlung müsse, sobald sie das ihr vorgelegte Projekt ablehne, dem Magistrat sagen, was nun eigentlich geschehen solle, fand in der Versammlung wenig Anklang. Aus der Versammlung heraus wurde auch zunächst bestritten, daß sie die Anregung zu der Ausarbeitung des Bauprojekts gegeben habe, worauf besonders der Herr Oberbürgermeister aufmerksam machte; Herr Schildner konnte allerdings aus den Akten feststellen, daß der Finanzausschuß im Jahre 1911 den Magistrat ersuchte, ein Projekt vorzulegen, das geeignet erscheine, die auf fallend niedrige Pacht der Beausite wesentlich zu erhöhen. Herr Schildner erklärte aber gleichzeitig, daß die Hochbaudeputation in ihrer größeren Mehrheit nicht für den Neubau der Beausite gewesen sei. Selbstverständlich wurde auch gestern schon die Bedürfnisfrage gestellt. Herr Beigeordneter Körner gab der Meinung Ausdruck, wenn auch für die Erhaltung der Restauration kein Bedürfnis bestehe, so sei doch zweifellos auf der Beausite ein Bedürfnis für Koffeekiosk vorhanden. Herr Baumbach, der den schließlich mit 22 von 33 Stimmen zur Annahme gelangten Antrag auf Ablehnung der Vorlage stellte, bestritt jedes Bedürfnis und die Möglichkeit einer einigermaßen annehmbaren Verzinsung des Anlagekapitals. Herr v. Dreifing erklärte, wenn die Stadt so viel Geld habe, daß sie nicht wisse, was sie damit anfangen solle, dann möge sie eine neue Beausite errichten. Rasse die alte Beausite abgerissen werden, und man glaube, es bestehe dort ein Bedürfnis nach der Gelegenheit zur Einnahme von Erfrischungen, so genüge ein einfaches Schweizerhäuschen. Während Herr Justizrat v. Gd. meinte, der frühere Pächter Stül der Beausite habe dort ein glänzendes Geschäft gemacht, erklärte Herr Wolff, an der Beausite werde wieder eine Restauration nach einer Gartenwirtschaft besonders rentieren. Herr Stül habe kein so glänzendes Geschäft gemacht; der Vorgänger des Herrn Stül sei sogar als armer Mann aus der Beausite gezogen. Herr Gerhard bestritt ebenfalls, daß ein Bedürfnis nach dauernder Erhaltung der umstrittenen Restauration vorhanden sei, die nur ein Konkurrenzunternehmen der städtischen Kerobergrestauration und der künftig jedenfalls „Unter den Eichen“ entstehenden Restauration der Stadt darstellen werde. Wäre ein Bedürfnis vorhanden, dann hätten sich sicher schon Privatunternehmer gemeldet. Herr Geheimrat Dr. Fresenius meinte, wenn der Pächter des Kerobergrestaurants ein entsprechendes Pachtangebot für das Projekt des Magistrats mache, dann wäre die Sache sehr einfach. Es sei nicht richtig, ohne weiteres tabula rasa zu machen, deshalb müsse die Sache dem Finanzausschuß übergeben werden, Herr Dr. Dreher, der Vorsitzende des Finanzausschusses, brachte der Anregung, den Ausschuß mit der Prüfung der Angelegenheit zu betrauen, wenig Begeisterung entgegen; er erklärte, wenn das durchaus sein müsse, dann bitte er, den Ausschuß durch ein paar Sachverständige zu verstärken. Herr Sanitätsrat Dr. Friedländer konnte sich von der Überweisung an den Finanzausschuß nichts versprechen. Die Gartenwirtschaft der alten Beausite könne so lange als möglich erhalten werden. Derselben Ansicht war auch Herr Hartmann. Man solle eigentlich einmal den Versuch machen, die Beausite ohne jede Veränderung auszuführen; wenn Herr Cruziger sehe, daß ein tüchtiger Mann hinein komme, dann bezahle er vielleicht mehr Pacht als jetzt, um sich die Konkurrenz fernzuhalten. Die Bemerkung des Herrn Baumbach: die Frage liege nahe, ob der Pächter die Beausite nicht absichtlich vernachlässigt habe, fand sogar Zustimmung. — Man sieht, daß die Vorlage des Magistrats auf keiner Seite des Hauses große Sympathien fand, wir hatten sogar den Eindruck, als sehe sie der Magistrat selbst, der ja mit der Ausarbeitung des Projekts lediglich einem Wunsch der Stadtverordneten-Versammlung entgegenkam, gar nicht ungern in der Versenkung verschwinden.

Eine längere Debatte, die sogar zu einer recht peinlichen Szene führte, rief auch der Antrag des Magistrats auf Bewilligung eines weiteren Zuschusses für das Arbeitsamt hervor. Herr Purrucker referierte in dieser Angelegenheit für den Finanzausschuß. Die von ihm mitgeteilten Zahlen boten ein recht zufriedenstellendes Bild von der Tätigkeit des Arbeitsamts, das bekanntlich ein privates ist, aber infolge der Unterstützung der städtischen Verwaltung trotzdem gewissermaßen halbamtlichen Charakter hat. Die Zahl der durch das Amt besetzten Stellen ist von 1000 auf 2043 im Jahre 1912/13 gestiegen, und im ersten Halbjahr 1913/14 wurden bereits 13 000 Stellen durch seine Vermittlung besetzt, so daß in diesem Jahre eine weitere Steigerung zu erwarten ist. Die prozentuale Beteiligung der Einwohnerschaft an den durch das Arbeitsamt besetzten Stellen ist hier günstiger als in den meisten anderen Städten; sie beträgt 5,40 Einwohner pro besetzte Stelle. Als Herr Demmer noch einmal kurz auf die Übernahme des Arbeitsamts durch die Stadt zu sprechen kam, bemerkte Herr Geheimrat Dr. Fresenius: „Daher hat die Stadtverordneten-Versammlung bereits in der vorigen

Sitzung Beschluß gefaßt; wir haben heute darüber nicht mehr zu sprechen. Diese Bemerkung wurde von Herrn Demmer als unerwünschte Schulmeisteri bezeichnet. Er habe wiederholt die Bemerkung gemacht, daß Herr Freisenius prinzipiell alles bekämpfe, was von sozialdemokratischer Seite angeregt und beantragt werde. Er lasse sich nicht verbieten, über einen Gegenstand zu sprechen usw. Herr Geheimrat Freisenius erwiderte, daß es ihm gar nicht einfallt, Herrn Demmer etwas zu verbieten, er habe nur feststellen wollen, daß die Versammlung zu der Frage, ob das Arbeitsamt von der Stadt übernommen werden solle oder nicht, bereits Stellung genommen habe. Herr Demmer erwiderte, und zwar nicht sehr höflich, wodurch der ohnehin recht peinliche Eindruck dieser persönlichen Aussprache noch verstärkt wurde. — Die Herren v. Dreifing und Schröder äußerten sich sehr gütlich über das Arbeitsamt; Herr Schröder bemerkte, es sei in den letzten Jahren geradezu zu einer muster-gültigen Anstalt geworden. Herr v. Dreifing nahm nur Anstoß an der Bezeichnung Arbeitsamt, die eigentlich nicht recht zutrefte; richtiger wäre Arbeitsnachweis. Herr Stadtrat Meier meinte dazu, in Wirklichkeit sei das Arbeitsamt eine städtische Anstalt; der Magistrat brauche nur einen Wunsch zu äußern, so werde er erfüllt, die Möglichkeit der Erfüllung vorausgesetzt. Dadurch, daß an dem Arbeitsamt Vereine beteiligt seien, werde das Interesse an dieser Einrichtung in die weitesten Kreise hinausgetragen, was ihm natürlich nur zum Vorteil gereichen könne.

Mit größter Aufmerksamkeit wurde der in der heutigen Morgen-Ausgabe ausführlich veröffentlichte Vortrag des Herrn Oberbürgermeisters zu dem Magistratsantrag auf Wahl einer gemischten Kommission zur Prüfung der Frage, ob das vorhandene baureife Gelände den Erfordernissen der städtischen Entwicklung entspricht, von der Versammlung angehört. Der Vortrag bietet beachtenswerte Anregungen, die offenbar auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Dafür sprach der Beifall, den der Redner fand, und dafür sprechen vor allem auch die Ausführungen des Herrn Hartmann, den man in diesem Fall wohl als Vertreter des Hausbesitzerstandes ansprechen darf. Besonders bemerkenswert war die an die Adresse der Grundbesitzer gerichtete Mahnung, die bisherige Bodenpreispolitik zu verlassen. Was der Herr Oberbürgermeister über den Wert des Juguas von Reuten mit mittlerem Einkommen ausführte, wird man gern Wort für Wort unterschreiben. Herr Hartmann begrüßte „von unserem Standpunkt“ die Anregungen des Herrn Oberbürgermeisters und den Antrag des Magistrats. Der „Haus- und Grundbesitzerverein“ habe bereits vor zehn Jahren Eingaben an den Magistrat gerichtet, die eine ähnliche Tendenz verfolgten. Seinen Anregungen sei keine Folge gegeben worden, deshalb freue er sich heute um so mehr, daß der Magistrat und an dessen Spitze Herr Oberbürgermeister Bläffing sich jetzt so entschieden dieser Sache annehme. Der Redner führte weiter aus, er halte es für die höchste Zeit, daß im Sinne der Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters etwas geschehe, damit die Stadt nicht in den Hintergrund gedrückt werde. In den Vororten sei schon die Meinung vertreten, Wiesbaden habe kein baureifes Gelände mehr; heute habe man gehört, daß uns noch zwischen 4- und 5000 Morgen zur Verfügung stünden, also mehr, als Viehtrieb und Sonnenberg zusammen haben. Herr Hartmanns Rede fand Beifall. Herr Demmer suchte nachzuweisen, daß es dem Einfluß des früheren Oberbürgermeisters zu verdanken gewesen sei, wenn den Wünschen auf Förderung des Juguas nicht Rechnung getragen worden ist. Herr v. Jell habe einmal ausdrücklich erklärt, er halte es für ein Unglück für Wiesbaden, daß die Stadt so groß geworden sei. Der Redner meinte, in Verbindung mit der von Herrn Oberbürgermeister Bläffing angeregten Politik müsse auch die Eingemeindungfrage forciert werden. Dadurch könne ein Druck auf die Großgrundbesitzer ausgeübt werden, die auch im Magistrat vertreten wären. Herr Oberbürgermeister Bläffing erwiderte, er glaube, daß sein Amtsvorgänger von Herrn Demmer falsch beurteilt werde. Herr v. Jell sei es ja gewesen, der auf die Einführung der Lex Adikes gedrungen habe. Er, der Redner, möchte nicht das falsche Prestige beanspruchen, daß er etwas durchgesetzt hätte, was auf Grund von Erfahrungen kommen mußte. Was die Großgrundbesitzer im Magistrat angehe, so könne er erklären, daß sie in dieser Sache auf seiner Seite stünden.

Damit schloß die interessante Verhandlung, der sich noch eine nichtöffentliche Sitzung anschloß, in der über den Anlauf eines Grundstücks beschloffen wurde.

— **Beihilfen für Winger.** Zur Förderung der Drahtanlagen in Weinbergen, insbesondere solcher mit Festvorrichtungen, hat die hiesige Landwirtschaftskammer beschloffen, kleinen, bedürftigen Wingern für im Jahre 1913 hergestellte Anlagen Beihilfen zu gewähren. Anträge mit Kostenberechnung sind möglichst bald, jedenfalls noch in diesem Monat, an das Bureau der Landwirtschaftskammer, Rheinstraße 92, zu richten.

— **Die sozialdemokratische Partei** veranstaltet am Sonntag, den 7. Dezember, vormittags 11 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ eine öffentliche Protestversammlung. Die Tagesordnung lautet: „Die Militärskizzen im Elah“. Die gesamte Einwohnerschaft von Wiesbaden ist zu dieser Versammlung eingeladen.

— **Der Konsumverein für Wiesbaden und Umgegend** beginnt Montag, den 8. Dezember, mit der Auszahlung des Rabattsparquittens, der Rückvergütung. Nach Maßgabe der Umsätze der einzelnen Mitglieder gelangen insgesamt 70 321 M. 46 Pf. zur Verteilung. Etwa 4000 M. sind im Laufe des Jahres bereits an verzehrende oder bedürftige Mitglieder verausgabt worden.

— **Neues Adreßbuch von Viebrich u. Nh.** Die achte Neuauflage des Adreßbuchs der Stadt Wiesbaden u. Nh. mit Amöneburg ist jochen im Verlag von Karl Schlegelberger u. Co. hieselbst erschienen und enthält, wie die früheren Ausgaben, je ein vollständiges Einwohner-, Gewerbe-, Straßen-, Behörden- und Vereinsverzeichnis, sowie ein Handelsverzeichnis und Auszug aus den städtischen Verordnungen. Neben einem Stadtplan sind erstmals auch die Bestuhlungspläne der Königl. Schauspiel-, des Residenz-Theaters zu Wiesbaden sowie des Stadttheaters von Mainz darin enthalten.

— **Kurhaus.** In den drei im Dezember-Programm der Kurverwaltung vorgesehenen Tango-Tees wird das Tango-Tänzerpaar Sennor Nilton und Sennorita Duccito den Tango in seiner ganzen Vielseitigkeit vorführen. In dem am kommenden Donnerstag angelegten Tango-Tea wird sich dieses Paar dem hiesigen Publikum bestimmt zum erstenmal vorstellen.

— **Kleine Notizen.** Der städtische Seefischverkauf findet wiederum am Dienstag, den 9. Dezember, auf dem Marktplatz statt.

Spielplan der Wiesbadener Theater.

Vom 7. November bis 15. Dezember.	Königl. Schauspieltheater.	Residenz-Theater.	Kur-Theater.
Samstag	9 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Braut von Messina. 7 Uhr: Elton. D. Zum ersten Male: Eine Nacht in Venedig. 8 Uhr: R. Die Puppenfee. Hänsel und Gretel. (Kleine Preise.) 8 Uhr: D. 4. Benefiz pro 1913. Der Richter von Zalamea.	7 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Frau Prälatin. 8 Uhr: Frau Jutta Larsson. 7 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Puppenfee. Hänsel und Gretel. (Kleine Preise.) 8 Uhr: D. 4. Benefiz pro 1913. Der Richter von Zalamea.	8 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Schiffsbräutigam. 8 Uhr: Hofoper. Perle. Brinschen. 8 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Schiffsbräutigam. 8 Uhr: Hofoper. Perle. Brinschen.
Montag	9 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Braut von Messina. 7 Uhr: Elton. D. Zum ersten Male: Eine Nacht in Venedig.	7 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Frau Prälatin. 8 Uhr: Frau Jutta Larsson.	8 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Schiffsbräutigam. 8 Uhr: Hofoper. Perle. Brinschen.
Dienstag	9 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Braut von Messina. 7 Uhr: Elton. D. Zum ersten Male: Eine Nacht in Venedig.	7 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Frau Prälatin. 8 Uhr: Frau Jutta Larsson.	8 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Schiffsbräutigam. 8 Uhr: Hofoper. Perle. Brinschen.
Mittwoch	9 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Braut von Messina. 7 Uhr: Elton. D. Zum ersten Male: Eine Nacht in Venedig.	7 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Frau Prälatin. 8 Uhr: Frau Jutta Larsson.	8 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Schiffsbräutigam. 8 Uhr: Hofoper. Perle. Brinschen.
Donnerstag	9 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Braut von Messina. 7 Uhr: Elton. D. Zum ersten Male: Eine Nacht in Venedig.	7 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Frau Prälatin. 8 Uhr: Frau Jutta Larsson.	8 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Schiffsbräutigam. 8 Uhr: Hofoper. Perle. Brinschen.
Freitag	9 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Braut von Messina. 7 Uhr: Elton. D. Zum ersten Male: Eine Nacht in Venedig.	7 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Frau Prälatin. 8 Uhr: Frau Jutta Larsson.	8 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Schiffsbräutigam. 8 Uhr: Hofoper. Perle. Brinschen.
Samstag	9 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Braut von Messina. 7 Uhr: Elton. D. Zum ersten Male: Eine Nacht in Venedig.	7 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Frau Prälatin. 8 Uhr: Frau Jutta Larsson.	8 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Schiffsbräutigam. 8 Uhr: Hofoper. Perle. Brinschen.
Sonntag	9 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Braut von Messina. 7 Uhr: Elton. D. Zum ersten Male: Eine Nacht in Venedig.	7 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Frau Prälatin. 8 Uhr: Frau Jutta Larsson.	8 1/2 Uhr: (Hofoper.) Die Schiffsbräutigam. 8 Uhr: Hofoper. Perle. Brinschen.

Theater, Kunst, Vorträge.

* **Kurhaus.** Für den Kammermusik-Abend des Kurorchester-Duettts morgen Sonntag im kleinen Saale des Kurhauses hat die Kurverwaltung den Pianisten Willy Kerner aus Frankfurt a. M. verpflichtet. Es gelangen zur Aufführung: Sonate in F-Dur op. 8 für Klavier und Violine von Eduard Grieg, R. Andium und Juge, G-Moll (preisgekrönt) von W. Kerner, sowie Streichquartett in A-Moll, op. 41, Nr. 1, von A. Schumann. — Herr v. Weil, die von ihren früheren Wiesbadener Abenden her in bester Erinnerung stehende Regitatorin, wird am kommenden Mittwoch im kleinen Saale des Kurhauses einen Rezitationsabend geben. Die Künstlerin hat ein sehr reichhaltiges und abwechslungsreiches Programm aufgestellt.

* **Gemäldeausstellung.** Die Ausstellung Karlstrubers und Frankfurter Künstler im Reissaal des Kurhauses wird morgen Sonntag, 1 1/2 Uhr, geschlossen.

* **Vorträge.** Am Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, spricht auf Veranlassung des Vereins für jüdische Geschichte und Literatur im Reissaal der „Jugend“ Dr. Nathan Birnbaum (Wladimir Adler), Berlin-Galante, über das Thema: „Die Jüden der Ostjuden“. Gäste, Damen und Herren, sind willkommen.

Dem Vorstand der Ortsgruppe Wiesbaden des Provinzialvereins Jüdischer Kulturbund für Rheinland und Westfalen Frau Dr. Alexander, ist es gelungen, den Parlamentarier, ehemaligen Landtagsabgeordneten Müller (Offenburg) für einen Vortrag zu gewinnen, der am Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der „Jugend“ gehalten wird über das Thema: „Das jüdische Deutschland, seine Entstehung und seine Sorgen“. Nach dem Vortrag Diskussions.

Der Mundart-Abend des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins findet Montag um 8 Uhr abends im Reissaal der höheren Mädchenschule statt. Es wird vorgetragen: 1. Kölnisch: Der kölnische Volksdialekt von O. v. S. 2. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 3. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 4. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 5. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 6. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 7. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 8. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 9. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 10. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 11. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 12. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 13. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 14. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 15. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 16. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 17. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 18. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 19. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 20. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 21. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 22. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 23. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 24. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 25. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 26. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 27. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 28. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 29. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 30. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 31. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 32. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 33. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 34. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 35. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 36. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 37. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 38. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 39. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 40. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 41. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 42. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 43. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 44. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 45. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 46. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 47. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 48. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 49. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 50. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 51. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 52. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 53. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 54. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 55. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 56. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 57. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 58. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 59. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 60. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 61. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 62. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 63. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 64. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 65. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 66. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 67. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 68. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 69. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 70. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 71. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 72. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 73. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 74. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 75. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 76. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 77. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 78. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 79. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 80. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 81. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 82. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 83. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 84. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 85. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 86. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 87. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 88. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 89. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 90. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 91. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 92. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 93. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 94. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 95. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 96. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 97. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 98. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 99. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 100. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 101. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 102. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 103. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 104. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 105. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 106. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 107. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 108. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 109. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 110. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 111. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 112. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 113. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 114. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 115. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 116. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 117. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 118. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 119. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 120. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 121. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 122. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 123. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 124. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 125. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 126. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 127. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 128. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 129. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 130. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 131. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 132. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 133. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 134. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 135. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 136. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 137. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 138. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 139. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 140. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 141. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 142. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 143. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 144. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 145. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 146. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 147. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 148. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 149. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 150. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 151. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 152. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 153. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 154. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 155. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 156. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 157. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 158. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 159. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 160. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 161. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 162. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 163. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 164. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 165. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 166. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 167. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 168. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 169. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 170. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 171. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 172. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 173. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 174. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 175. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 176. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 177. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 178. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 179. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 180. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 181. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 182. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 183. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 184. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 185. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 186. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 187. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 188. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 189. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 190. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 191. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 192. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 193. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 194. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 195. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 196. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 197. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 198. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 199. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 200. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 201. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 202. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 203. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 204. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 205. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 206. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 207. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 208. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 209. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 210. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 211. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 212. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 213. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 214. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 215. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 216. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 217. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 218. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 219. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 220. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 221. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 222. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 223. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 224. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 225. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 226. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 227. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 228. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 229. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 230. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 231. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 232. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 233. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 234. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 235. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 236. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 237. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 238. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 239. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 240. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 241. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 242. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 243. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 244. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 245. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 246. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 247. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 248. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 249. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 250. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 251. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 252. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 253. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 254. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 255. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 256. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 257. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 258. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 259. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 260. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 261. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 262. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 263. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 264. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 265. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 266. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 267. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 268. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 269. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 270. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 271. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 272. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 273. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 274. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 275. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 276. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 277. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 278. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 279. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 280. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 281. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 282. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 283. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 284. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 285. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 286. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 287. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 288. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 289. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 290. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 291. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 292. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 293. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 294. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 295. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 296. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 297. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 298. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 299. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 300. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 301. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 302. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 303. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 304. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 305. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 306. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 307. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 308. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 309. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 310. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 311. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 312. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 313. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 314. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 315. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 316. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 317. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 318. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 319. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 320. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 321. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 322. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 323. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 324. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 325. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 326. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 327. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 328. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 329. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 330. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 331. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 332. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 333. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 334. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 335. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 336. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 337. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 338. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 339. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 340. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 341. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 342. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 343. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 344. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 345. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 346. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 347. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 348. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 349. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 350. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 351. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 352. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 353. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 354. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 355. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 356. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 357. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 358. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 359. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 360. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 361. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 362. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 363. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 364. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 365. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 366. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 367. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 368. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 369. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 370. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 371. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 372. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 373. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 374. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 375. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 376. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 377. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 378. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 379. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 380. Kölnisch: Die kölnische Mundart von O. v. S. 381. Kölnisch: Die kölnische

Das Problem des Panlawismus.

Über den Begriff des Panlawismus ist während der Balkankriege viel gesprochen und geschrieben worden, und man erinnert sich auch der Reichstagsverhandlungen, in denen Herr v. Bethmann-Hollweg über die Gefahren der panlawistischen Bewegung sprach. Immerhin herrscht noch viel Unklarheit über die Bedeutung des panlawistischen Problems, und wir nehmen daher gern Notiz von einer Studie, die der deutsch-russische Schriftsteller Axel Schmidt in der Monatschrift „Die Tat“ veröffentlicht und die er „Der sterbende Panlawismus“ überschreibt.

Schmidt behauptet darin, es sei unrichtig, den Panlawismus als eine politisch-nationalistische Strömung darzustellen. Sein Ursprung sei vielmehr religiös-kultureller Natur. Die Begründer des Panlawismus sei niemand anders als eine — Deutsche. Dem genialen Vize der Kaiserin Katharina II., einer Prinzessin aus dem Hause Zerst, sei es vorbehalten gewesen, zu erkennen, daß Rußlands Pläne auf das Schwarze Meer und den Zugang zum Mitteländischen Meer durch die Hilfe der Balkanvölker eine wesentliche Erleichterung erfahren könnten. Sie warf zu diesem Zweck den Ruf der Befreiung der orthodoxen Brüder vom türkischen Joch in den Balkan hinein, wobei sie sich vor allem an zwei nichtslawische Völker — Rumänen und Griechen — wandte, weil diese damals die kulturell fortgeschrittensten waren. Rußlands Regierung mißbrauchte den Gegenfah der orthodoxen Balkanvölker zum Islam zu Vorwanddiensten für seine politischen Ziele. Denn nicht die Befreiung der Balkanvölker war der Zweck der Kämpfe gegen die Türkei, sondern die Eroberung einer besseren südlichen Grenze und die freie Durchfahrt durch die Dardanellen. Erst sehr allmählich, so zeigt Schmidt im weiteren Verlauf seiner Darlegungen, sickerte das Interesse für die orthodoxen Brüder auch ins russische Volk hinein, bis es dank der großartigen agitatorischen Tätigkeit des Volkstribunen Kailow in den 70er Jahren zu der bekannten Volksbewegung kam, die schließlich zum russisch-türkischen Kriege vom Jahre 1877 führte. Von hier an konzentrierte sich die panlawistische Bewegung, indem sich verschiedene neue Einflüsse bemerkbar machten, ohne freilich jemals die kirchliche Grundlage erschüttern zu können. Einerseits wurde der Gegenfah des Slawentums gegen den europäischen Westen stärker betont, andererseits wurde versucht, die Idee des Panlawismus auch auf Polen und Tschechen auszuweiten. Die Panlawisten wollten von den westlichen Ideen nichts wissen und bekämpften im Namen der nationalen Eigenart die Europäisierung Rußlands unter dem Zeichen: Orthodoxie, Selbstherrlichkeit und Volkstum. Die orthodoxe Kirche ist eben nicht nur das Bindemittel für alle orthodoxen Völker, sondern auch der Träger ihrer spezifischen Kultur.

Der Versuch, die Zusammenfassung aller Slawen, nicht nur derjenigen aus dem Balkan, zu betreiben, mißlang jedesmal und mußte mißlingen, weil die beiden mächtigsten slawischen Volkstämme nach den Russen, die Polen und die Tschechen, nicht von Byzanz, sondern von Rom entscheidend beeinflusst worden sind. Beide gehören trotz aller Gerades über altlawisches Gemeinheitsgefühl viel mehr zum Westen als zum Osten. Die altlawischen Kongresse sind daher glatt gescheitert. Aufslawische Slawen besteht nicht nur eine jahrhundertelange Feindschaft wegen der Vorherrschaft, ihre kulturelle Entwicklung ist zudem auf ganz verschiedenem Boden gewachsen. Schmidt weist daher die Behauptung, daß sich trotz aller trennenden Momente Polen und Deutsche eher verständigen könnten als Polen und Russen. Ebenso liegt es mit den übrigen Westslawen, die alle bis auf die Russen der römisch-katholischen Kirche angehören. Es bedürfte schon des ganzen bürokratischen Apparates des Kaiserreichs, aber auch Preußens, um diesen kulturellen Gienfah nicht politisch auszunutzen.

Von diesen allgemeinen Betrachtungen aus kommt Schmidt zu den letzten Ereignissen auf dem Balkan, zeigt, wie tief sich Herdinand von Bulgarien in die slawische Seele eingelebt hatte, als er bei Ausbruch des Krieges den Kreuzzug gegen den Islam predigte, und meint, jetzt, wo die türkische Macht in Europa zusammengebrochen ist, sei auch der Panlawismus in sich zusammengebrochen; war doch sein Ziel erreicht. Da es aber nur negativ Natur war, so gerieten sich die bisherigen Verbündeten nur zu leicht über die Verteilung der Beute in die Haare. Auch hierbei zeigte es sich, daß das kirchliche Element durchaus im Vordergrund stand. Erschienen ihnen doch eine kirchlich vermittelte geschichtliche Bedeutung innerhalb eines Staates als so unumgänglich, daß sie sofort mit Feuer und Schwert in den neu eroberten Gebieten gewalttätige Verbrechen begingen! Der Versuch einiger Theoretiker, dem Panlawismus jetzt eine anti-germanische Grundlage unterzulegen, kann nach Schmidt nicht gelingen: „Denn nicht zwischen Slawen- und Germanentum geht die Trennungslinie, sondern mitten durch die slawischen Völker, deren byzantinische und römische Hälften niemals ein Ganzes bilden können, weil ihre kulturelle Entwicklung die einen nach Osten und die anderen nach Westen weist.“ Man sieht, daß der alte Kenner russischen und slawischen Wesens eine ganz deutsche Standpunkt aus gesehen optimistische Auffassung über die panlawistische Bewegung hat, und wir können nur wünschen, daß er mit seiner Darstellung recht behält.

Die Lage in Mexiko.

Die Räumung Chihuahua.

Mexiko, 6. Dezember. Die Räumung Chihuahua durch die Bundeskruppen wird jetzt hier bestätigt. Die Einnahme von Juarez durch die Rebellen hat eine weitere Räumungsmittelzufuhr nach Chihuahua unmöglich gemacht, so daß sich General Mercedo schließlich gezwungen sah, seine Truppen zurückzuziehen und die Stadt den Rebellen zu überlassen.

Die Lage der Fremden.

Mexiko, 6. Dezember. In der Stadt Mexiko bereitet sich die Fremdenkolonie zur Verteidigung vor. Sie hat darum gebeten, daß von den bei Veracruz liegenden fremden Kriegsschiffen Truppen detachments gelandet werden. Gestern fand eine Versammlung der fremden Diplomaten statt, in der die Mittel und Wege zur Verteidigung beraten wurden. An dieser Versammlung nahm jedoch der Vertreter der Vereinigten Staaten nicht teil. Die Familie Overton ist gestern, wie verlautet, nach Veracruz abgereist.

Eingug der Rebellen in Chihuahua.

New York, 6. Dezember. Aus der Stadt Chihuahua wird der Eingug des Rebellenführers Villa gemeldet. Der

Eingug erfolgte, wie gemeldet wird, unter dem Jubel der Bevölkerung und wurde durch ein Tebeum in den Kirchen der Stadt gefeiert.

Mexikanische Anleiheversuche in Paris.

New York, 5. Dezember. Nach einer Depesche aus Mexiko ist der Finanzminister de la Raza nach Paris abgereist, um eine Anleihe aufzunehmen.

Waffenkauf in Japan.

Tokio, 5. Dezember. Vier Mitglieder der mexikanischen Spezialgesandtschaft, die beauftragt ist, der japanischen Regierung den Dank für die Teilnahme der mexikanischen Jahrbundfeier auszusprechen, ist am 1. Dezember von San Francisco kommend, in Tokio eingetroffen. Sie ist seit ihrer Ankunft unangekündigt mit Verhandlungen wegen des Kaufs von Waffen und Munition von dem unter dem Namen Tacho Schokai bekannten japanischen Syndikat beschäftigt.

Ausstellung deutscher Kunst 1650 bis 1800 in Darmstadt.

Darmstadt, 5. Dezember. Auf Veranlassung des Großherzogs von Hessen findet im nächsten Jahre im hiesigen Residenzschloß eine Jahrhundert-Ausstellung deutscher Kunst statt, die der kunstgeschichtlich noch wenig durchforschten Zeit vom Ende des 16. Jahrhunderts bis zur Ära Napoleons gelten wird. An dem Zustandekommen dieser Veranstaltung arbeiten an hundertfünfzig der ersten Kunstgelehrten des In- und Auslands mit, und ein großer Teil des deutschen fürstlichen und privaten Besitzes wird bei der Gelegenheit zum erstenmal der breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Auch der Kaiser von Österreich hat neuerdings die Befreiung der Ausstellung aus seinem Besitz angeordnet. Die Ausstellung wird das gesamte Gebiet der Malerei einschließlich der Produktion in Österreich und der Schweiz möglichst geschlossen zur Darstellung bringen, ferner von dem bildnerischen Schaffen, speziell auf dem Gebiet der Kleinplastik, ein abgerundetes Bild zu geben versuchen, endlich aber auch dem Kunstgewerbe (Arbeiten in Edelmetall, Elfenbein, Holz, Miniaturen) einen breiten Raum zugestehen. Für die Repräsentation des letztgenannten Gebiets wird neben dem musealen und privaten Besitz, neben den Schätzen aus den Schloßern unserer Fürsten, in erster Linie auch das kirchliche Kunsterbe herangezogen werden. Eine besondere Abteilung der Ausstellung wird den Handzeichnungen, Aquarellen und Pastellen gewidmet sein, und endlich soll eine Porträtgalerie des geistigen Deutschlands der Zeit das ikonographisch-historische Interesse zu befriedigen versuchen. Nur das Gebiet der Vorklassik wird seine Berücksichtigung finden, so weit es sich nicht etwa um Porträtplastiken handelt, die ebenfalls in das Programm einbezogen sind. Alle Besitzer von Kunstschätzen aus der genannten Zeit sind gebeten, solche dem kunsthistorischen Leiter Professor Dr. Georg Verrmann in Darmstadt, dem künstlerischen Vize im Kabinett des Großherzogs, oder dem für Mainz eingesetzten Vertreters des Reichsarchivars Dr. H. Klingenschmitt in Mainz, Goldene Lust 11/1, namhaft zu machen, wenn deren Ausstellung auch nicht beabsichtigt wird. Es ist geplant, späterhin das gesamte Material, das die Darmstädter Veranstaltung zeltigt, in einer mehrbändigen Publikation zu veröffentlichen.

Gerihtssaal.

Mord und Sittlichkeitsverbrechen an der eigenen Schwester.

S. u. H. Chemnitz, 5. Dezember. Die dritte Strafkammer des hiesigen Landgerichts verhandelte als Jugendgericht gegen den am 1. August 1897 in Zeitzheim geborenen Gelegenheitsarbeiter Karl Seifert, der unter der furchtbaren Anklage stand, am 10. Oktober d. J. hier in Chemnitz seine eigene Schwester ermordet und sich an der Toten fälschlich vergangen zu haben. Der Vorfall gab die Tat zu, ohne viel Neues zu zeigen. Er wollte eine der Mutter gehörige Nähmaschine verlaufen, um mit dem Geld nach Hamburg zu fahren und sich dort als Schiffsjunge anwerben zu lassen. Da ihm die kranke Schwester im Wege stand, ermordete er sie kurzer Hand. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu der höchstzulässigen Strafe von 15 Jahren Gefängnis.

ht. § 218. Frankfurt a. M., 5. Dezember. Die Strafkammer verurteilte heute den Bürgermeister Schleicher aus Dauernheim wegen Beihilfe zum Verbrechen gegen § 218 zu 10 Monaten. Ferner die verurteilte Anna Siebenborn aus Schotten wegen Verbrechen gegen § 218 zu 9 Monaten, die Masseurin Ehrhardt aus Frankfurt wegen Beihilfe zu 9 Monaten und den Privatmann Kapitän wegen Beihilfe und Begünstigung zu 6 Monaten Gefängnis.

ht. Die Eindruckschuld des Kriminalkommissars. Berlin, 5. Dezember. Der frühere Kriminalkommissar Alfred Böh, der einen seiner Dienerinnen zu einem Einbruchsdiebstahl in seiner Wohnung aufgefördert und bei dieser Gelegenheit den 20jährigen Kontoristen Erich Gasse, den der Diener zu diesem Zweck mitgebracht hatte, durch fünf Schüsse schwer verwundet hatte, wurde heute von der zweiten Strafkammer des Landgerichts 2 Berlin wegen vorsätzlicher, gefährlicher Körperverletzung mittels einer Schusswaffe zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, der Kontorist Erich Gasse wegen schweren Diebstahls unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 1 Jahr Gefängnis.

wb. Der Gendarm als Zeitschläger. Darmstadt, 5. Dezember. Das Schöffengericht verurteilte nach 18tündiger Verhandlung den im Jahre 1888 zu Köln a. Rh. geborenen Gendarmereiwachsmann in Pension Paul Reith von hier, der am 11. August d. J. seinen Sohn durch einen Schlag in den Kopf tötete und dann einen Selbstmordversuch verübte, zu 10 Jahren Zuchthaus, abzüglich 3 Monate der Untersuchungshaft. Der Angeklagte hatte mit einer Arbeiterin ein Verhältnis, das ruhmlos wurde, weshalb ihm Entlassung drohte, daher habe er beschloßen, seinen Sohn und sich zu töten.

Vermischtes.

Se. Majestät ist sich niemals. In Dantzig „Arme-Zeitung“ schreibt ein preussischer Offizier aus Berlin: „Bei einem rheinischen Kaisermandat sah der Kaiser mit Interesse dem Feuern einer Batterie zu. Die Batterie komponierte ein Oberleutnant für den ersten an den Parteischiff. Mit den Worten: „Sehe auf, ich gratuliere zu der Batterie. Herr Hauptmann!“ ritt der Kaiser weiter. Der Oberleutnant nahm die

Sache persönlich und meldete sich bei seinem Vorgesetzten als durch Allerhöchste Anordnung zum Hauptmann befördert. Auf die Entgegnung seiner Vorgesetzten, daß doch jedenfalls ein Versehen vorliege, erwiderte der neu ernannte Hauptmann, daß er dies nicht annehme. Auf eine Anklage beim Militärkollegium wurde dem Regiment antwortet, daß Se. Majestät sich niemals irrt und die Beförderung bestanden bleibe. Der junge Hauptmann war auf diese Weise drei Jahre früher zu dieser Charge befördert worden.

Weihnachtsbitte der Deutschen Reichsschule. Die Schriftleitung der „Deutschen Reichsschule“ erläßt einen Weihnachtsaufruf, in dem sie u. a. ausführt: Die reichsten Gelehrten, die wir den eigenen Kindern machen, sind nicht so wertvoll, als wenn wir ihnen sagen können: wir haben neben dir noch dafür gesorgt, daß auch ein armes Weisenkind seine Freude an diesem Freudentage haben kann. Deshalb ist die Bitte, tut eure Herzen und eure Hände auf und geht von der Fülle der Gabe, mit der ihr die Augen eurer Kinder leuchten macht, ein wenig ab und schenkt auch den Weisenkindern! Ihr, die ihr unermüdet gebeten seid, schafft auch den hohen Genuß, den die Elternliebe aus der dankbaren Freude ihrer Kinder am Weihnachtsabend empfindet, dadurch, daß ihr Gabe spendet für die Weisenkinder. Ihr, die ihr noch zu jung seid, um schon ein eigenes Heim zu gründen, um selbst zu begehren, sondern die ihr euch besänftigen lassen werdet, geht von eurer Fülle für die anderen ab, die keine Eltern mehr haben, geht den Weisenkindern. 250 Zöglinge unserer Schule hatten der Befürsichtigung! Wer etwas spenden möchte, wolle es aber so rechtzeitig tun, daß wir beizeiten die Bestimmung über die Verwendung in unseren Heimen treffen können. Die Gaben bitten wir einzusenden an die Oberlehrerin in Radeburg, Albrechtstraße 4, 1.

Eine Drohsache mit drei Rädern. In den Straßen von London kann, wer Platz hat, sehr eine Drohsache auf drei Rädern sehen, auf die ihr Erfinder, der Drohsachenfabrikant J. Moore, sehr stolz ist. Er soart, der seit mehr als 30 Jahren das Amt eines Ratschens mit Liebe und Eifer ausübt, habe viel mit Ärger bemerkt, wie schwierig es in den engen Straßen und Gassen des alten London ist, mit vierdrähtigen Wagen umzuwenden. Dabei kommen zahlreiche Unfälle vor, die Wagen werden um, und immer ist das zweite Vorderrad der Grund dafür. Er hat also einen Wagen erdacht, der nur ein Vorderrad hat und lenkt sich selbst; er kann die Lenkstange des Vorderrads, die Sicherheit und Bequemlichkeit beim Fahren nicht weniger räumen, doch droht seiner Erfindung ein tragisches Schicksal, denn sie ist in einer Zeit entstanden, da die Pferde drohsachen allmählich aussterben beginnen.

Neues aus aller Welt.

Selbstmord eines Millionärs und seiner Freundin. Graz, 5. Dezember. Der 52jährige Baron Leopold Freyher von Pfeiffer, aus Mitau in Litauen gebürtig, und seine Freundin, die 44jährige Silvana Bogjak, haben sich heute vormittag mit Morphium und Opium vergiftet. Baron Pfeiffer war bald darauf tot. Silvana v. Bogjak ist lebensgefährlich erkrankt. Baron v. Pfeiffer war wiesener Millionär. Er ist in Litauen begütert und hat auch in Brasilien große Besitzungen. Er wollte in der nächsten Zeit über den Winter mit seiner Freundin nach Brasilien reisen. v. Pfeiffer war verheiratet, aber von seiner Frau geschieden. Die Witwe lebt mit ihren beiden Söhnen in Wien. Man fand keinerlei schriftliche Aufzeichnungen. Die Ursache der Tragödie ist teils in Krankheit zu suchen, teils darin, daß Baron Pfeiffer einen Prozeß um Liebesgüter im Werte von 60 Millionen verlor.

Unterfahung bei der Berliner Lebensversicherung. Berlin, 5. Dezember. In den Räumen der Berliner Lebensversicherungsgesellschaft fand heute eine Aufführungsübung statt, die sich unter anderem auch mit den Unregelmäßigkeiten des verwunderten Direktors Dr. Seeger beschäftigte. Wie mitgeteilt wurde, beläuft sich der Schaden, den die Versicherungsgesellschaft erleidet, auf 40 000 M.

Von einem portugiesischen Auto überfahren. Marseille, 6. Dezember. Das aus Deutschland kommende Auto der Gräfin von Sacken-Weinungen, das von zwei Chauffeuren gesteuert wurde, hat gestern nachmittag in der Nähe von der Stadt Frejus einen 19jährigen Mechaniker überfahren. Der Verunglückte wurde mehrere Meter weit mitgeschleift und mußte schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden.

Der verschwundene Millionär wiedergefunden. Paris, 5. Dezember. Der amerikanische Millionär und Sportmann Babbworth Rogers, dessen Verschwinden seit einigen Tagen allerlei Gerüchte veranlaßt hatte, ist heute nacht zurückgekehrt. Schwärmer. Schwerte, 5. Dezember. Die Ruhe ist stark gestiegen und überflutet weite Strecken.

Am 70 M. totgeschlagen. Berlin, 5. Dezember. Der frühere Produktenhändler und jetzige Krücker Silberbrandt hat für seinen Arbeitgeber, den Silberhändler Lindner, ein Krücker Brechloblein fortgeschafft und dafür 70 M. einlösigt. Er wurde von neun Männern betrunken gemacht, die inzwischen die Ladung verladen und das leere Fuhrwerk vor die Kneipe stellten. Als Silberbrandt mit dem leeren Wagen zu Lindner kam und ihm den Ladestand schilderte, verlor er den Verstand und wurde von den Männern betrunken gemacht, die inzwischen die Ladung verladen und das leere Fuhrwerk vor die Kneipe stellten. Als Silberbrandt mit dem leeren Wagen zu Lindner kam und ihm den Ladestand schilderte, verlor er den Verstand und wurde von den Männern betrunken gemacht, die inzwischen die Ladung verladen und das leere Fuhrwerk vor die Kneipe stellten.

Haubüberfall. Hagen (Westfalen), 5. Dezember. Vier Männer brachten heute morgen in ein einfaches liegendes Geschäft in der Umgegend ein und veranlaßten Kasse. Als man ihnen das Geschäft brachte, knickten und misshandelten sie die Frau des Besitzers, die alle Mutter und ein Mädchen und suchten dann nach Geld. Als bald darauf Leute herein kamen, ergriffen die Männer die Flucht. Die drei Frauen sind lebensgefährlich verletzt.

Schnel! Berlin, 5. Dezember. Am späten Abend fing es in Berlin und Umgegend zu schneien an. Im Schwarzenberg wüthete übermütigen Verächtern der Blätter zufolge, eckern ein bestialischer Scherzsturm.

Ein Chefschiff. Brüssel, 5. Dezember. Zwischen einem Chefschiff entwickelte sich gestern Abend ein bestialischer Streit, in dessen Verlauf der Chefschiff mit einem Bootmesser auf seine Frau losbrach. Als der 17 Jahre alte Sohn dies sah, zog er einen Revolver aus der Tasche und gab vier Schüsse auf seinen Vater ab, die diesen am Kopf, an der Brust und am Unterarm tödlich trafen.

Das Brandenburger-Lager. Berlin, 5. Dezember. Das Lagerhausprojekt am Brandenburger Tor ist vom Bezirksausschuß abgelehnt worden.

Ein neuer Einbruch in einen belgischen Postzug. Brüssel, 5. Dezember. Gestern Abend wurde beim Abgang des Postzuges nach Versailles festgestellt, daß der Sack, in welchem die Briefstücken aufbewahrt worden, entleert war, genau wie zwei Tage vorher, als eine Sendung mit 800 000 M. verschwand. Gestohlen wurde diesmal nichts. Die Entregung des Zugpersonals wegen dieser Unthaten ist in Arbeit.

Veruntreuung eines Bureauverwalters. Hagen (Westfalen), 5. Dezember. Am Hagen wird telegraphiert, daß der bei einem dortigen Rechtsanwalts angelegte 52jährige Bureauverwalter Joseph Schlabach nach Verurteilung von Unterschlagungen flüchtig geworden ist. Die im Laufe von mehreren Jahren veruntreute Summe soll sich nach den bisherigen Feststellungen auf über 50 000 M. belaufen.

Überflutungen in Petersburg. Petersburg, 5. Dezember. Die Überflutung in Petersburg wächst. Der Wasserstand beträgt bereits 6½ Fuß über normal. Alle niedrigen gelegenen Gebäude stehen unter Wasser. Die Bewohner der Kellerwohnungen müssen evakuiert. Alentrow sind Boote bereit, um während der Nacht Hilfe zu leisten. Auf der Neva wurden massenhaft Barken gesammelt. Der Schaden ist enorm.

Ein Erdbeben in Peru. New York, 5. Dezember. In der Gegend von Chiquanica im Departamento Iquitos im südlichen Peru erfolgte gestern wiederum ein hartes Erdbeben, über dessen Ausmaß Näheres nicht bekannt ist.

Ein Auferstehung. Madrid, 5. Dezember. Die Genie-lafette am Prado ist gestern abgebrannt.

WEIHNACHT'S VERKAUF



Herren-			Jünglings-		
Ulster und Paletots, aparte Ausmusterg.	Serie I II III	Mk. 20.— 30.— 40.—	Ulster, erprobte Qualitäten	Serie I II III	Mk. 15.— 25.— 35.—
Anzüge, 1- u. 2rhg., schicke Fassons	Serie I II III	Mk. 18.— 27.— 39.—	Anzüge, 1- u. 2rhg., aparte Ausmusterg.	Serie I II III	Mk. 12.— 20.— 30.—
Sport-Anzüge 2r- pr. b. e. Qualität	Serie I II III	Mk. 15.— 24.— 36.—	Hosen aus anerkannt guten Qualitäten	Serie I II III	Mk. 2.50 4.— 6.—
Schlafrocke a. Velour u. Double	Serie I II III	Mk. 18.— 24.— 30.—	Joppen aus Loden u. Cheviot	Serie I II III	Mk. 4.— 6.— 8.—
Haus-Joppen, elegante Ausführung	Serie I II III	Mk. 9.— 15.— 19.—	Knaben-Ulster, elegante Fassons	Serie I II III	Mk. 3.— 6.— 9.—
Loden-Joppen f. Jagd und Strasse	Serie I II III	Mk. 6.— 9.— 12.—	Knaben-Anzüge, reizende Neuheiten	Serie I II III	Mk. 4.50 8.— 11.50
Gummi-Mäntel in allen Fassons	Serie I II III	Mk. 13.— 24.— 33.—	Knaben-Hosen, ausserst solide Qual.	Serie I II III	Mk. 1.— 2.— 3.—
Fantasi-Westen	Serie I II III	Mk. 1.95 4.— 6.50	Knaben-Sweater in Wolle, Baumwolle,	Serie I II III	90 Pf. 2.— 2.90
Hosen aus Kammgaru u. Cheviot	Serie I II III	Mk. 3.— 5.— 7.50	Knaben-Blusen aus Flanel u. Cheviot	Serie I II III	Mk. 1.50 2.50 3.50
Casaca, Strickloden, wasserdicht	Serie I II III	Mk. 9.50 15.— 20.—	Knaben-Mützen in allen Fassons	Serie I II III	50 Pf. 1.50 2.75
Boxer-Mäntel in allen Fassons	Serie I II III	Mk. 10.— 15.— 21.—	Knaben-Capes aus erprobten Qualitat.	Serie I II III	Mk. 3.50 5.— 7.—
Reste für Herren- und Knaben-Anzüge, Paletots u. Hosen staunend billig.			Knaben-Garnituren für Anzüge u. Paletots von 60 Pf. bis Mk. 2.50.		

Anlässlich des bevorstehenden Weihnachtsfestes habe ich aus meinem bekannt grossen Warenlager grössere Partien zusammengestellt, die im Preise bedeutend herabgesetzt und eine günstige Gelegenheit bieten, gute und zweckmässige

Weihnachts-Geschenke

zu ganz aussergewöhnlich niedrigen Preisen einzukaufen. Nebenstehend haben Sie ein Verzeichnis der dem Weihnachts-Verkauf unterstellten Bekleidungsstücke, die in besonderen Abteilungen übersichtlich ausgelegt und lade ich Sie zur Besichtigung ohne Kaufzwang höflichst ein.

Ernst Neuser

Fernruf 274 WIESBADEN Kirchgasse 42
Spezial-Haus moderner Herren-, Knaben-, Sport- und Livree-Kleidung. K 67

Der St. Vinzenz-Verein

bittet für seine Armen um abgelegte Kleidungsstücke.
Dabei werden dankbar angenommen im Pfarrhaus, neben der Bonifatiuskirche, oder auf Wunsch auch abgeholt. F 511

Stoffreste

für Anzüge, Paletots und Hosen.
Adolf Schmidt.
5 kleine Burgstrasse 5.

Soja

Brok, Bohnen, Mehl, Gries, Bratenmasse.
Sämtl. Produkte sind rein u. vollwertig u. nur aus gelben Bohnen hergestellt.
Kneipp- u. Reformhaus Jungborn, Rheinfr. 71. — Telephon 3710.

Willkommene Weihnachtsgeschenke

haben wir in unsern vier Schaufenstern mit Preisen versehen zur gefl. Beachtung ausgestellt.

Kredit!

Grosse Möbel Ausstellung

Beste Bezugsquelle für Brautleute!
Später gekaufte Möbel werden kostenlos aufbewahrt.

Kredit!

Unübertroffene Neuheiten in Herren-Konfektion

gehen täglich wieder ein.

Möbel.

1 Zimmer . . . Anzahlung 10 Mk.
1 Zimmer . . . Anzahlung 15 Mk.
1 Zimmer u. Küche Anz. 25 Mk.
1 Zimmer u. Küche Anz. 30 Mk.
2 Zimmer u. Küche Anz. 45 Mk.

Einzel-Möbel

Schränke, Vertikos, Trumeaus, Betten, Diwans, Schreibtische, Küchenbüfets, Anleiten usw.
Anzahlung von 5 Mk. an.

Anzüge

Serie I 16 Mk. Anzahlung 4 Mk.
Serie II 24 Mk. Anzahlung 5 Mk.
Serie III 32 Mk. Anzahlung 6 Mk.
Serie IV 42 Mk. Anzahlung 8 Mk.
Serie V 50 Mk. Anzahlung 10 Mk.
Serie VI 60 Mk. Anzahlung 13 Mk.

Damen-Konfektion.

Jackenkleider, Röcke, Jacketts, Mäntel, Blusen usw. von 5 Mk. Anzahlung an.

Das Neueste!

was die Mode bringt!

Kleinmöbel, aparte Neuheiten.

Tischchen, Schränkechen, Nähtische, Etageren etc. in Riesenauswahl.

Polstermöbel, eigener prima Herstellung.

Sofas, Sessel, Ottomanen. Extra-Anfertigung nach jedem Wunsch.

Flur-Garderoben von 17 bis 55 Mk.

Bilder, Spiegel, Vertikos, Büfets

sowie alle anderen Möbel zu unsern bekannt billigen Preisen

Möbelhaus

Gebr. Leicher

Oranienstr. 2 u. 6.

J. Wolf

Grösstes Kredit-Haus
WIESBADEN
Friedrichstrasse 41, Ecke Nengasse.

Hochf. Serringsalat,

Beilich-Serringe in Sauce, Serringe in Remoulade-Sauce, Serringe in Geler, Salat in Geler, Anchovis, Sardinen, Bismarckheringe, Rottmöpfe, Garte Kieler Bückinge, Sprotten und Amandern
Reis frisch empfohlen

D. Fuchs, Saalgasse 4/6,

gegenüber Kaiser-Friedrich-Bad.
Telephon 475. 1856